

## LEHENSVOGTEI UND DEFENSORENAMT IN DEN BABENBERGISCHEN HERZOGSURKUNDEN

Von *Othmar Hageneder*

Das hohe Mittelalter ist von einer durchgehenden Freiheitsbewegung gekennzeichnet. Sie manifestiert sich in den Städten als Orten der Zuflucht und Freiheit vor grundherrschaftlichen Bindungen, im Aufstieg der Ministerialen, die zumindest teilweise aus der Unfreiheit kamen, der Besserstellung der grundhörigen Bauern und nicht zuletzt in der kirchlichen Reformbewegung. Hier war die *Libertas ecclesiae*, die Freiheit der Kirche von der Herrschaft der adeligen Herren und Bischöfe, die Losung. Den Klöstern ging es dabei im besonderen um eine Verminderung oder gar Beseitigung der adeligen Vogtei. Sie stellte oft den letzten Rest jener Eigenklosterrechte dar, den sich die Stifterfamilien der einzelnen Häuser reserviert hatten, nachdem es diesen mittels einer Tradition in das Eigentum der römischen Kirche gelungen war, der *Libertas romana* teilhaftig zu werden. Dieses Rechtsinstitut war auf Grund der im Zuge des Investiturstreites geänderten Verhältnisse an die Stelle des früheren Königsschutzes getreten. Beide hatten durch die Bindung an höchste Gewalten einen Anspruch auf Freiheit gegenüber der adeligen Kirchenherrschaft geschaffen.

Doch die Absichten der Klöster gingen weiter. Die Zisterzienser lehnten bisweilen die Vogtei völlig ab und wollten zu ihrem Schutz Defensores bestellen, die ihr Amt allein um Gottes Lohn, also ohne Einkünfte, ausüben sollten. Denn die Vogtei war stets eine Last für das beschützte Haus. Der Vogt hielte auf dem Klostergrund Gericht, ließ sich dabei verköstigen und verdiente an den Gerichtsbußen. Auch suchte er sich durch *procuraciones* usw. für seine Bemühungen schadlos zu halten<sup>1</sup>. Besonders gefürchtet scheinen die vom Hauptvogt bestellten Untervögte gewesen zu sein. Das läßt sich begreifen: mußten sie sich doch bemühen, zur Förderung ihres gesellschaftlichen Aufstiegs möglichst schnell reich zu werden, Macht zu gewinnen und dadurch in höhere Positionen zu gelangen. Am beliebtesten dürfte seit dem 12. Jh. der Landesfürst als Schützer gewesen sein; ja, die Zisterzienser wollten ihn allein in dieser Funktion haben<sup>2</sup>). Er konnte

<sup>1</sup>) Im allgemeinen vgl. dazu Friedrich Kempf *Kirchenverfassung, Kultus, Seelsorge und Frömmigkeit vom 8. Jahrhundert bis zur gregorianischen Reform* in *Die mittelalterliche Kirche* 1. Halbband: *Vom kirchlichen Frühmittelalter zur gregorianischen Reform* (*Handbuch der Kirchengeschichte* 3/1 [Freiburg—Basel—Wien]) 310 ff., 336; im besonderen Hans Hirsch *Die Klosterimmunität seit dem Investiturstreit. Untersuchungen zur Verfassungsgeschichte des deutschen Reiches und der deutschen Kirche* (Weimar 1913) bes. 26 ff. und Derselbe *Die hohe Gerichtsbarkeit im deutschen Mittelalter*<sup>2</sup> (Graz—Köln 1958) 111 ff.

<sup>2</sup>) Vgl. dazu unten in Anm. 23 die Urkunde Herzog Leopolds VI. für Baumgartenberg von 1209. Zur kirchlichen Ablehnung der Untervogtei siehe auch Georg Schreiber

sie freilich nicht überall in eigener Person ausüben, obwohl das, wie noch zu zeigen sein wird, bisweilen von den Klöstern gefordert wurde. Daher mußte er sich durch Untervögte vertreten lassen, wobei er ihnen die Vogtei als Lehen übertrug. Das war auch bei den Babenbergern der Fall <sup>3)</sup>.

Die Klöster dürften allerdings die Vergabe ihrer Vogteien zu Lehensrecht als besonders drückend empfunden haben, denn ständig suchten sie vom Landesfürsten das Zugeständnis zu erreichen, daß er die ihm zustehende Vogtei nicht weiter verleihe werde. Bereits 1162 wurde eine solche Freiheit dem Stifte Klosterneuburg konzessiert <sup>4)</sup>. 1169 findet sich die gleiche Bestimmung in einer für das Benediktinerkloster Admont ausgestellten Urkunde; eben nachdem Herzog Heinrich Jasomirgott die vorher vom Grafen Gebhard von Burghausen innegehabte Vogtei übernommen hatte <sup>5)</sup>. In der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre verzichteten dann Herzog Leopold V. und Graf Konrad von Raabs zugunsten des Klosters Garsten auf die Vogtei über die ihm gehörigen Güter Gastern und Münichreith und erlaubten dem Abt, nach seinem Belieben eine geeignete Person mit der Vogtei zu betrauen. Ausdrücklich wird ihm jedoch untersagt, sie als Lehen zu vergeben <sup>6)</sup>. Derselben Linie folgten die Babenberger-Kurie und Kloster im 12. Jahrhundert 2 (*Kirchenrechtliche Abhandlungen* 68 [1910]) 267 ff. Zu den entsprechenden österreichischen Verhältnissen vgl. Heinrich Brunner *Das gerichtliche Exemptionsrecht der Babenberger in Abhandlungen zur Rechtsgeschichte (Gesammelte Aufsätze)* 1 (Weimar 1931) 3 ff., Alfons Dopsch *Reformkirche und Landesherrlichkeit in Österreich in Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters (Gesammelte Aufsätze [Wien 1928])* 66 ff., Gerd Tellenbach *Die bischöflich passauischen Eigenklöster und ihre Vogteien (Historische Studien hg. von E. Ebering 173 [Berlin 1928])* 105 ff., 137 ff., 200 ff., Helmut J. Mezler-Andelberg *Landesfürst und Klöster in Steiermark bis zum 13. Jahrhundert. Ein Überblick in Festschrift Julius Franz Schütz (Graz—Köln 1954)* 437 ff.

<sup>3)</sup> Tellenbach *Eigenklöster* 124, 174 Anm. 148, 187; Brunner *Exemptionsrecht* 30, Theodor Mayer *Fürsten und Staat. Studien zur Verfassungsgeschichte des deutschen Mittelalters* (Weimar 1950) 20, 194, 305. Zur Forderung der Klöster nach einer direkten landesfürstlichen Vogtei vgl. unten 72 Anm. 10, 19.

<sup>4)</sup> *Urkundenbuch zur Geschichte der Babenberger in Österreich = BUB* 1 bearb. v. Heinrich Fichtenau und Erich Zöllner (Wien 1950) 48 Z. 35—37 Nr. 33: ... *sicut nec a patre nostro nec a nobis aliquis umquam prefate ecclesie subadvocatiam hereditario vel beneficii iure optinuit, ita nec in posterum a nobis vel ab heredibus nostris optinere poterit*. Die Urkunde wurde im Wiener Schottenkloster verfaßt und geschrieben (Ebd. 47 Z. 36).

<sup>5)</sup> *BUB* 1 52 Z. 22—24 Nr. 37: *fideles et amicos nostros tutores illorum ac defensores fore rogavimus, cum exceptione tamen advocatie, quam manu nostra tenere volumus sine beneficii quoque iure vel concessione*. Vgl. dazu Jakob Wichner *Geschichte des Benediktiner-Stiftes Admont von den ältesten Zeiten bis zum Jahre 1177* (Graz 1874) 188, zur Lehensabhängigkeit der Vogtei vom Erzstift vgl. Franz Martin *Die kirchliche Vogtei im Erzstift Salzburg in Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde* 46 (1906) 412 ff. Die Bestimmungen über die Vogtei stammen aus einer Urkunde Erzbischof Eberhards I. von Salzburg aus dem Jahre 1160: *Salzburger Urkundenbuch = SBUB* 2 (790—1199) gesammelt und bearb. von Willibald Hauthaler und Franz Martin (Salzburg 1916) 490 Nr. 350.

<sup>6)</sup> *BUB* 1 65 Z. 25—30 Nr. 48: *nullus in predictis locis ius advocatie usurpare sibi presumat, sed in abbatis consistat arbitrio, cui velit honestorum virorum ita bona sua commendare tuenda, ut si unus modum excesserit, illi auferat commendationem et alteri committat. Sed et ipsi abbati omnem abscedimus infeudandi sive inbeneficiandi potesta-*

herzoge und ihre Klöster im folgenden Jahrhundert. Seit 1208 wurde in verschiedenen, für das Kloster St. Florian bestimmten Urkunden immer wieder die *infeudatio* der Vogtei bzw. des, noch zu behandelnden, Defensorenamtes verboten<sup>7)</sup>. 1214 überträgt Elisabeth von Gutenberg dem Babenberger Leopold VI. die Vogtei über ein der Abtei Göß geschenktes Gut und bittet ihn, sie niemals zu verleihen; eine Zusage, welche sich die Äbtissin auch vom Landtaiding bestätigen ließ<sup>8)</sup>. 1217 wird nach dem Vorbild der von St. Florian erwirkten Urkunden für Kremsmünster gleichfalls jede Lehensvogtei verboten<sup>9)</sup>, und 1220 sichert Herzog Leopold VI. dasselbe dem Kloster Eberndorf in Kärnten zu<sup>10)</sup>. 1224 schenkt schließlich der gleiche Fürst der Abtei Gleink Güter in Obermeisling, Reitern und Seeb (GB. Gföhl) und bestimmt, daß es keinem Landesfürsten erlaubt sein solle, die Vogtei über diesen Besitz zu verleihen. Er allein sei verpflichtet, sie ohne Gewinn auszuüben<sup>11)</sup>. Selbstverständlich versuchte man von seiten der Klöster auch, mittels Fälschungen jede Lehensvogtei auszuschalten<sup>12)</sup>.

*tem, alioquin ipsi honorem nostrum habere quam extranee dominacioni subicere malle-*  
*mus.* Die Notiz dürfte von Empfängerhand hergestellt sein (Ebd. 64 Z. 38), doch deutet der letzte Satz wohl darauf hin, daß der Herzog auf das Diktat Einfluß nahm. Zur Interpretation vgl. *Regesten zur Geschichte der Markgrafen und Herzoge Oesterreichs aus den Hause Babenberg. Aus Urkunden und Saalbüchern gesammelt und erläutert* von Andreas v. Meiller (Wien 1850) 233 Nr. 252 und Dopsch *Reformkirche und Landesherrlichkeit* 72. Über das Zusammenwirken von Herzog und Graf in dieser Urkunde vgl. auch Karl Lechner *Grafschaft, Mark und Herzogtum. Ein Beitrag zur Territorial- und Verfassungsgeschichte Österreichs in Ausgewählte Schriften* (Wien 1947) 35 und d. ers. *Die Grafschaft Raabs in Jb. LKNÖ* 21 (1928) 81.

7) *BUB* 1 212 Z. 3 Nr. 162 (1208 für Güter am Windberg), 259 Z. 44 Nr. 188 (vor 1212 Mai 21), 262 Z. 29 f. Nr. 189 (1212 August 8), 276 Z. 9 Nr. 196 (1213 nach Februar 14), 192 Z. 38 Nr. 147 (Fälschung oder Neuausfertigung zwischen 1221 und 1230), *BUB* 2 (Wien 1955) 273 Z. 33 Nr. 421 (1243). Das Diktat der ersten Urkunde und teilweise auch jenes von Nr. 189 stammt vom herzoglichen Notar Ulrich (*BUB* 1 210 Z. 20, 260 Z. 18), die anderen Stücke wurden von Empfängerhand geschrieben. Dieselbe Bestimmung enthalten auch die Diplome Ottos IV. und Friedrichs II. von 1212 und 1213: *Urkunden-Buch des Landes ob der Enns 2* (Wien 1856) 549 Nr. 378, 561 Nr. 383. Zur Urkunde Ottos IV. vgl. unten Anm. 41.

8) *BUB* 1 265 Z. 39—41 Nr. 191: *Ius vero advocatie predii delegati . . . nobis contulit supplicando, ut nulli umquam inbeneficiaremus, sed semper nos et posteri nostri essemus in possessione advocatie.* Die Urkunde ist von Empfängerhand geschrieben und enthält im Stil Diktatselemente des herzoglichen Notars Ulrich (Ebd. 264 Z. 27). Vgl. dazu Heinrich Appelt *Das Diplom Kaiser Heinrichs II. für Göss vom 1. Mai 1020. Eine diplomatisch-verfassungsgeschichtliche Untersuchung* (Graz—Köln 1953) 20.

9) *BUB* 2 10 Z. 36, 39 ff. Vgl. auch 9 Z. 29 ff.

10) *BUB* 2 28 Z. 7—9 Nr. 225: *promittimus, quod dictam advocatiam nulli umquam aliquo tempore infeudabimus sed eam nos pollicemur in nostris manibus, donec vita nobis fuerit, habituros.* Die Urkunde wurde in der herzoglichen Kanzlei verfaßt (Ebd. 27 Z. 19).

11) *BUB* 2 81 Z. 27—29 Nr. 252: *Statuimus etiam firmiter, ut nulli successorum nostrorum liceat advocatiam eorundem prediorum alicui infeudare, sed princeps terre tantummodo ea absque utilitate pro mercede celesti defendat.* Das Stück wurde teilweise in der herzoglichen Kanzlei verfaßt, doch von Empfängerhand geschrieben (Ebd. 80 Z. 24 f.).

12) Zum Beispiel vor 1235 in einer von Seiten Garstens auf den Namen Herzog Heinrichs und zu 1171 hergestellten Urkunde, d. i. *BUB* 1 57 Z. 23 Nr. 41: *ut neminem*

Wie schon gesagt: den Untervögten war es auf Grund der Lehensvogtei möglich, sich für ihren Schutz durch materielle Einkünfte bezahlt zu machen. Daher suchten ihr die Klöster durch ein anderes Rechtsinstitut, die sogenannte Betvogtei, entgegenzuwirken. Sie bestand in der seit dem 11. Jh. in den Klosterurkunden der Päpste und weltlichen Fürsten verstärkt wiederkehrenden Freiheit der Äbte und ihrer Konvente, den Vogt zu wählen und ihn im Falle einer unwürdigen Amtsführung abzusetzen<sup>13)</sup>. Auch die österreichischen Klöster versuchten, sich auf solche Weise der landesfürstlichen Untervogte zu erwehren. 1162 erhielt daher Klosterneuburg vom Herzog verbrieft, daß es „unbrauchbare“ Untervogte aus ihrem Amte entfernen könne und jede Bestellung von solchen nur nach dem Gutdünken des Propstes erfolgen möge<sup>14)</sup>. Grundlage dieser Urkunde war ein Privileg Papst Innocenz II. von 1137, in dem derselbe Passus ein wenig anders gelautet hatte: der Vogt solle, nach dem Entscheid des Propstes von Klosterneuburg, aus dem Hause der Babenberger genommen werden; und wenn er sich nicht bewähre, stehe es dem Kloster frei, ihn aus seiner Stellung zu entfernen und durch einen anderen zu ersetzen<sup>15)</sup>. Ein solches Recht ließ sich freilich in einer derart extremen Fassung dem Landesfürsten gegenüber nicht durchsetzen<sup>16)</sup>, doch zu Verteidigung gegen die Untervogte mochte es in etwas geänderte *inbeneficiare possimus* (mit der Vogtei über die Klostergüter in der Riedmark). Vgl. Alois Zauner *Der Rechtsinhalt der älteren Garstener Urkunden* in *MOÖLA* 5 (1956) 285.

<sup>13)</sup> Hirsch *Klosterimmunität* 42, Albert Brackmann *Die Kurie und die Salzburger Kirchenprovinz (Studien und Vorarbeiten zur Germania Pontificia 1* [Berlin 1912] 16 ff., 66 ff., 85 ff., Mayer *Fürsten und Staat* 132, 199. Dabei handelt es sich allerdings um ein altes, vom König verliehenes Privileg: Edmund Stengel *Diplomatik der deutschen Immunitätsprivilegien vom 9. bis zum Ende des 11. Jahrhunderts* (Innsbruck 1910) 515 ff. (Vogtwahlrecht), 523 f. (Absetzung).

<sup>14)</sup> *BUB* 1 48 Z. 27—34 Nr. 33: *Quia vero plerisque ecclesiis multa gravamina per inopportunitatem subadvocatorum evenisse cognovimus, ne similia contingant ecclesie diligenter precavere volumus . . . Statuimus de subadvocatis, ut nullus nisi ad arbitrium prepositi instituat. Qui si forte inutilis apparuerit vel aliquod gravamen ecclesie intulerit, itidem ad voluntatem prepositi removeatur, sicut hactenus a patre nostro et a nobis observatum esse cognoscitur.*

<sup>15)</sup> Maximilian Fischer *Merkwürdigere Schicksale des Stiftes und der Stadt Klosterneuburg* (Wien 1815) 136 Nr. VIII: *presenti decreto sancimus, ut nullus prefate ecclesie advocatus nisi de domo et progenie dilecti filii nostri marchionis Liupaldi vestro tamen electus arbitrio, constituatur, dum tamen nullum gravamen vel exactio eidem loco pro eius patrocinio inferatur. Quod si ipse inutilis prefate ecclesie apparuerit et secundo tertiove commonitus non emendaverit, liceat vobis ac vestris eum a procuracione huiusmodi removere eique alium idoneum substituere.* Vgl. auch *Germania pontificia* 1 auctore Alberto Brackmann (Berlin 1911) 248 Nr. 2 und *BUB* 4/1, unter Mitwirkung von Heide Dienst bearb. v. Heinrich Fichtenau (Wien 1968) 98 Nr. 705. Zur Vogteifrage und besonders dem Problem der Untervogte vgl. Gerhard Rill *Die Pröpste des Stiftes Klosterneuburg von der Gründung bis zum Ende des 14. Jahrhunderts in Jb. d. Stiftes Klosterneuburg* NF 1 (1961) 24 ff. sowie Heide Dienst *Babenbergerstudien. Niederösterreichische Traditionsnotizen als Quellen für die Zeit Markgraf Leopolds III.* (*Wiener Dissertationen aus dem Gebiete der Geschichte* 7 [Wien 1966]) 108 f. Anm. 2.

<sup>16)</sup> Ernst Klebel *Eigenklosterrechte und Vogteien in Baiern und Deutschösterreich in Probleme der bayerischen Verfassungsgeschichte (Gesammelte Aufsätze* [München 1957]) 284 f.

derter Form gute Dienste leisten. Daher bildete sich bald die Gewohnheit heraus, diesen Gunsterweis in die landesfürstlichen Klosterprivilegien einzufügen. 1188 konnte Herzog Leopold V. als (angeblicher) Erbvogt von Baumgartenberg den Grafen Otto von Klamm-Velburg nach einem Gerichtsverfahren dazu veranlassen, auf die usurpierte und zum Schaden des Klosters ausgeübte Vogtei zugunsten des Landesherren zu verzichten. Die Zisterze dürfte zu diesem Zweck einen gefälschten Stiftsbrief vorgelegt haben. Der Herzog übertrug allerdings die Vogtei sogleich wieder dem Grafen; freilich unter der Bedingung, daß er das Kloster nicht bedrücke. Dazu erhielt der Konvent das Recht, sich im Falle einer weiteren Schädigung von diesem, auf solche Art bestellten Untervogt zu befreien und beim Herzog Zuflucht zu suchen<sup>17)</sup>. 1243 bewies sodann der Abt von Niederaltaich vor Herzog Friedrich II., daß die Abtei auf ihrem Besitz in Niederabsdorf nur jenen Vogt zu dulden brauche, den sie sich frei erwähle; wozu noch die Befugnis komme, ihn im Falle eines Übergriiffs auszuwechseln<sup>18)</sup>. Der Herzog bestätigte diese Freiheit und begrenzte die Rechte des Defensors, den er an seiner statt und auf Zeit für den Schutz des Klosters einsetzen werde. Abermals wird diesem das Recht verbrieft, sich einen anderen Schützer zu erwählen, wenn ihm der vom Landesfürsten bestellte beschwerlich werde<sup>19)</sup>.

17) BUB 1 97 Z. 23—29, 32—35 Nr. 71: *cure nobis non immerito fuisse dinoscitur Ottonem nobilem virum de Klamme, filium Hermannii comitis, qui prefatum monasterium usurpato patrocinandi nomine graviter affligebat, in hoc usque iudiciario ordine adducere, ut nobis ius nostrum recognosceret et, quod male usurpaverat, in manus nostras resignaret. Verum quia antedicti viri nobilitatem honore potius augere decrevimus quam deminuere, eiusdem loci tuitionem ei commendavimus . . . Quodsi abhinc, quod absit, idem Otto gravis eis aut violentus aliquatenus apparuerit, liberum erit omnino predictis fratribus se ab illo penitus eximere et ad nos successoresque nostros tanquam ad legitimos patronos fiducialiter se conferre.* Vgl. Dopsch *Reformkirche und Landesherrlichkeit* 74, Oskar v. Mitis *Studien zum älteren österreichischen Urkundenwesen* (Wien 1912) 303, Tellenbach *Eigenklöster* 206 und besonders Viktor v. Handel-Mazzetti *Die Herren von Schleunz in Niederösterreich und ihre Beziehungen zum Lande ob der Enns in Jahrbuch Adler* 23 (1913) 63 f. Das Diktat dürfte vom Empfänger stammen, doch wird Einfluß des Ausstellers (der Herzogskanzlei) angenommen (BUB 1 96 Z. 36). Eine weitere Vogtabsetzung wird aus der Mitte des 12. Jhs. für das Stift St. Pölten berichtet. Es handelt sich um Adalbert (von Perg?), einen Verwandten des Herzogs, der die Vogtei von diesem zu Lehen trug und sie wegen übermäßiger Belastung des Klosters, allerdings gegen eine Entschädigung, verlor: BUB 1 Nr. 18. Die Urkunde wurde von Empfängerhand hergestellt (25 Z. 19). Vgl. dazu Dopsch *Reformkirche und Landesherrlichkeit* 74, Tellenbach *Eigenklöster* 113, Dienst *Babenberger Studien* 118.

18) BUB 2 261 Z. 37—41 Nr. 413: *probativ sufficienter, quod eadem ecclesia in predio suo nullum pati debeat advocatum, nisi quem ipse et successores sui abbates et fratres dicti cenobii libere sibi et spontanee duxerint eligendum, infringentem iura ipsorum in alium utiliter pro arbitrio commutando.* Vogt des Klosterbesitzes in Niederabsdorf war damals der herzogliche Ministeriale Hermann von Kranichberg, der dieses Amt als herzogliches Lehen innegehabt haben soll: Meiller *Babenberger Regesten* 150 f. Nr. 14 (1232). Vgl. A. Grund und K. Giannoni *Erläuterungen zum Historischen Atlas der österreichischen Alpenländer* I. Abteilung: Die Landgerichtskarte, 2. Teil: Niederösterreich (Wien 1910) 146 und BUB 2 Nr. 416.

19) Ebd. 262 Z. 1—8: *duximus renovandam, precipientes firmiter et districte, ut is, quem loco nostri ipsis pro tempore dedimus defensorem, nullas exactiones indebitas*

Damit ist auch der neue Begriff angeführt, unter dem seit ca. 1200 die herzogliche Untervogtei in den babenbergischen Siegelurkunden aufscheint: der Defensor. Er sollte im Laufe der Zeit den nach Lehensrecht eingesetzten Vogt ablösen. Das war die logische Konsequenz der Entwicklung, wenn man das Recht der Klöster, die Untervögte zu entfernen und neue zu wählen, voll anerkannte. Abt und Konvent mußten die Betrauung des neuen Schützers vom Landesherren erbitten, was der schon erwähnte Terminus „Betvogtei“ zum Ausdruck brachte. 1215 setzt ihn eine dem Kloster Kremsmünster gegebene Urkunde zur Lehensvogtei in deutlichen Gegensatz: Gundakar von Steyr, ein Starhemberger, war dem Kloster vom Herzog für das Gut Viechtwang zum Schützer bestellt worden<sup>20</sup>), *non feodali advocatŕia sed petitionaria, quod vulgo dicitur betfoitaete*. Dennoch vererbte er sie seinem Sohn Daring, der die Vogtei sogar *quasi feodalem* verpfändete. Erst nach einem Prozeß vor dem Herzog verstand er sich zu dem Einbekenntnis, *advocatiam illam esse petitionariam et non feodalem*<sup>21</sup>). Zwei Jahre später erhielt Kremsmünster ein herzogliches Privileg, das mit denselben Modalitäten die Bestellung eines Schützers für das gesamte Kloster regelte. Darnach konnte der Abt vom Herzog eine geeignete Persönlichkeit erbitten, dem dieser die Ausübung (*executio*) des Schutzes übertrug und der damit seine *auctoritas* vom Landesherren empfing. Trotzdem war es dem Abt erlaubt, auch diesen *executor* jährlich oder noch öfters auszuwechseln<sup>22</sup>).

Hier hatte man also die Stellung des Vogtes stark reduziert. Nicht einmal die, wie gleich zu zeigen sein wird, damals immer mehr gebrauchte Bezeichnung Defensor wurde ihm zugebilligt. Die Rechte eines solchen Schützers waren erstmals 1209 in der bekannten Urkunde Herzog Leopolds VI. für Baumgartenberg deutlich umschrieben worden. Das Landtaiding (*placitum*) zu Mautern hatte nämlich ein Weistum gefunden, wonach die Zisterzienser keine Vögte besäßen, sondern der Landesfürst um Gottes Lohn ihr Defensor sein solle. Das bekräftigte der Herzog: nur er oder seine Nachfolger im Fürstentum dürfen sich den Namen

*faciat in predium memoratum, sed iure suo sit contentus . . . salvis per omnia rebus ecclesie memorate necnon iure predicto, videlicet ut pro arbitrio sibi alium eligant defensorem, cum transgressio vel inutilitas illius postulaverit, qui pro tempore datus erit* Die Urkunde verfaßte der herzogliche Notar Ulrich von Kirchberg (Ebd. 261 Z. 14).

<sup>20</sup> BUB 1 272 Z. 33 f. Nr. 195: *Sed quia in eodem predio ecclesia specialem posebat tutorem, datus est ei circa idem advocatus Gundakarus de Stira*. Darauf folgt der im Text zitierte Satz. Über die Gundakare von Steyr und ihre Vogteien vgl. Zauner *Garstener Urkunden* 290 ff. und Max Weltin *Kammergut und Territorium. Die Herrschaft Steyr als Beispiel landesfürstlicher Verwaltungsorganisation im 13. und 14. Jahrhundert* in *MÖSTA* 26 (1973) 5 f.

<sup>21</sup> BUB 1 272 Z. 37 und 41 Nr. 195. Das Diktat der Urkunde stammt vom herzoglichen Notar Heinrich (Ebd. Z. 5).

<sup>22</sup> BUB 2 10 Z. 22—25 Nr. 207: *ab ipso (sc. abbate) persona, quam sibi viderit congruam vel ydoneam, a nobis postuletur, que pro voluntate et instructione abbatis vel officialium suorum iusticiam eis exigat et contra omnes iniurias et violentias auctoritate a nobis accepta fideliter eos defendat*. Ebd. Z. 27 f.: *Illi autem, quibus nos secundum petitionem abbatis premissorum executionem mandaverimus Z. 32: talis a predicto executore coherceatur*. Die Urkunde wurde in der herzoglichen Kanzlei verfaßt (Ebd. 9 Z. 1). Über die Diktatelemente des Kanzleinotars Ulrich vgl. Heinrich Fichtenau *Die Kanzlei der letzten Babenberger* in *MIÖG* 56 (1948) 250 f.

eines *advocatus* oder Defensor der Abtei anmaßen; ebenso jene, denen er diesen Schutz an seiner statt übertrage. Sollten sie sich aber Vögte nennen, daraus Rechte ableiten oder auf andere Weise die Mönche beschweren, ist es diesen erlaubt, den Schützer zurückzuweisen und einen anderen zu verlangen<sup>23)</sup>.

Die treibende Kraft zu diesem, auf solche Weise formulierten Rechtsverhältnis hin war zweifellos das Zisterzienserklöster. Den Traditionen seines Ordens gemäß wollte es nur den Landesherren als Schützer anerkennen und alle Zwischenvögte ausschalten. Dem diente die in Frankreich entwickelte Institution des gerichtlichen und einkommenslosen Defensors<sup>24)</sup>. Wenngleich es sich um einen alten Terminus handelte, der oft dieselbe Bedeutung besaß wie *advocatus*<sup>25)</sup>, so wurde er doch jetzt mit neuem Inhalt erfüllt. Bald begann er auch in den herzoglichen Klosterurkunden den Begriff des Vogtes zu ersetzen. Das geschah schon 1169 im Privileg für Admont<sup>26)</sup> und 1202 in Urkunden, die dasselbe Kloster<sup>27)</sup>

23) BUB 1 220 Z. 4—15 Nr. 166: *Constat enim et in placito nostro Mûtarn ex sententia perquisitum atque inventum est, omnes Cysterziensis ordinis monachos tale ius ex antiquo habere, ut nec ipsi nec ipsorum predia ulli advocato quicquam solvere debeant; sed neque advocatum eis habere liceat, nisi defensorem principem ipsum qui caput est terre, in qua quique eorum degunt, et hunc solam dei retributionem pro ipsorum defensione debere exposcere. Proinde sepedictis fratribus ius ipsum sic conservari ac constare decernimus, ut neque advocati neque defensoris nomen super eos aut possessiones habere quisquam debeat, nisi nos et in principatu nobis succedentes, aut cui vices nostras ad tuendum eos iniunxerimus. Qui tamen, si nomen advocati habere, si ius advocati exigere sive aliis modis eos gravare voluerit, reicere eum et a nobis alium petere atque accipere iuste poterunt.* Die Urkunde wurde von der Hand eines Heiligenkreuzer Mönches geschrieben, ihr Diktat steht unter dem Einfluß des herzoglichen Notars Ulrich (Ebd. 217 Z. 12 f.).

24) Hirsch *Klosterimmunität* 120 f., Mayer *Fürsten und Staat* 187, 194. Zum Defensor in Österreich vgl. außerdem: Brunner *Exemptionsrecht* 64, 77 f., Tellenbach *Eigenklöster* 145 f., 187 ff., Mezler-Andelberg *Landesfürst und Klöster* 444. Eine prinzipielle Ablehnung der Vogtei durch die Zisterzienser bestreitet mit guten Gründen Helmut Pflüger *Die Zisterzienser und die Vogteifrage in Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte* 17 (1958) 273 ff., zur *defensio* 279 f. Was Baumgartenberg betrifft, so übten seit dem Ende des 13. Jhs. die Herren von Kapellen und 1362 Jans von Traun, damals Hauptmann ob der Enns, die Vogtei und das Schützeramt an des Herzogs statt aus; vgl. Gertrud Aigner *Die Verfassungsgeschichte des Zisterzienserklöstlers Baumgartenberg in Oberösterreich im Mittelalter* (Phil. Dissertation Wien 1970) 115 f.

25) Stengel *Immunität* 512 f., 513 Anm. 1, Mayer *Fürsten und Staat* 5, 10 f.

26) Vgl. oben Anm. 5 und BUB 1 52 Z. 25 f. Nr. 37: *tantum ut dei respectu et nostre dilectionis intuitu illos tueantur et defendant et ubicunque necessarium fuerit pro illis respondeant.*

27) BUB 1 157 Z. 36—158 Z. 1, 5—7 Nr. 121: Leopold VI. an Kuno von Werfen: *Rerum Admuntensium advocatum nos esse cognoscentes et hoc solius divine retributionis intuitu et nullius erga ipsos temporalis utilitatis vel exactionis questu . . . rogatu ipsorum defensorem eis te constituimus in bonis ipsorum tibi contiguus et ab ipsis tibi designatis, sine beneficii iure vel concessione et absque placitorum et modiorum vel pecudum seu bannorum exactione, dei tantum respectu et nostre dilectionis intuitu illos tuearis et ubicunque necessarium fuerit pro illis respondeas . . . Ad petitionem eorum ipsis te tutorem donavimus, quamdiu voluerint, ita etiam liberam habebunt facultatem alium itidem qui eis placuerit postulandi.*

und die Zisterze Viktring<sup>28)</sup> erhielten. 1240 bestätigte Herzog Friedrich II. derselben Kärntner Abtei von neuem, daß der Zisterzienserorden keine Vögte, sondern nur *defensores* besitze; weshalb er auch verbot, daß sich jemand den Namen oder das Amt eines Vogtes anmaße<sup>29)</sup>. Als im gleichen Jahre derselbe Fürst die Güter des Klosters Waldhausen bei Laa und im Machland von der Gerichtsgewalt der zuständigen Landrichter und *praefecti* eximierte, bestellte er wohl dieselben Amtsträger von neuem zu Defensoren, untersagte ihnen jedoch, aufgrund dieser Funktion Abgaben einzuheben<sup>30)</sup>.

Diese Defensoren wurden *pro tempore*, also auf Zeit, bestellt, wie es in den herzoglichen Urkunden immer wieder heißt<sup>31)</sup>. Sie waren Stellvertreter des Landesherren und handelten ausdrücklich an seiner statt: so wurde es schon 1209 prinzipiell vom Herzog Leopold VI. im Privileg für Baumgartenberg formuliert<sup>32)</sup>. Deshalb bezeichnete man sie auch als Vikare des Landesfürsten<sup>33)</sup>. Noch deutlicher als diese Begriffe dürften aber die Worte *commissio* und *committere* die nur zeitweilig gedachte Bestellung eines Schützers — gerade auch im Gegensatz zur Lehensvogtei — umschrieben haben. Freilich wurden diese Aus-

<sup>28)</sup> BUB 1 156 Z. 1—3 Nr. 119: der in der Steiermark gelegene Klosterbesitz „*per iudices et defensores nostros pie et sine omni exactione ad voluntatem fratrum ... inconcusse et fideliter tanquam predia nostra debeat defensari*. Das Stück wurde nicht im Kloster geschrieben (Ebd. 155 Z. 24).

<sup>29)</sup> BUB 2 207 Z. 13—16 Nr. 362: *Cum equidem universaliter ordo Cisterciensis nullum advocatum sed tantum defensorem debeat habere, modis omnibus inhibemus, ut nullus sibi in predicto loco nomen vel officium advocati assumptis temeritatis ausibus conetur vindicare ...* Das Diktat der Urkunde stammt vom herzoglichen Notar Ulrich von Kirchberg (Ebd. 206 Z. 31).

<sup>30)</sup> BUB 2 191 Z. 24—27 Nr. 347: *Sed eum, qui pro tempore eiusdem civitatis iudex fuerit aut prefectus, possessionibus denominatis constituimus defensorem in hac forma, ut nihil ratione advocacie nostre aut pretextu tuitionis sue a sepedictis prediis debeat aut audeat usurpare*. Ebd. 194 Z. 35 f. Nr. 350: *qui pro tempore in memoratis locis iudices fuerint aut prefecti possessionibus denominatis constituimus defensores*. Der Text weist Diktat der Herzogskanzlei auf (Ebd. 191 Z. 10). Vgl. Max Weltin *Zur niederösterreichischen Stadtministerialität im 13. Jh. (am Beispiel Laa an der Thaya)* in UH 44 (1973) 113 ff., bes. 115, 119 f., 123 ff. Die Vogtei über Waldhausen war um 1218 den Babenbergern von den Grafen von Klamm-Velburg zugefallen (Tellenbach *Eigenklöster* 110).

<sup>31)</sup> Z. B. 1243 für Niederaltaich im BUB 2 262 Z. 2 Nr. 413: *quem loco nostri ipsis pro tempore dedimus defensorem* (vgl. oben 74 mit Anm. 19, ferner die Anm. 30, 33, 35, 39).

<sup>32)</sup> BUB 1 220 Z. 12 Nr. 166: *cui vices nostras ad tuendum eos iniunxerimus* (vgl. oben Anm. 23).

<sup>33)</sup> Z. B. 1203 für St. Florian: *statuimus, ut nulli vicariorum nostrorum in eadem advocatia liceat aut bannos aut placita aut absolutiones accipere* (BUB 1 172 37 f. Nr. 133). Vgl. Othmar Hageneder *Das Kloster St. Florian im Rahmen der spätmittelalterlichen Gerichtsverfassung des Landes ob der Enns* in MOÖLA 10 (1971) 124, 126. Ferner Friedrich II. 1233 für den Deutschen Orden: [7] *Committimus insuper defensionem ipsorum vicariis nostris in eadem procuranda provincia pro tempore a nobis constitutis nec non provincialibus iudicibus ...* (BUB 2 152 Z. 25—27 Nr. 313). Die Urkunde wurde vom späteren herzoglichen Pronotar Ulrich von Kirchberg verfaßt (Ebd. 150 Z. 41). Allerdings läßt sich der oben zitierte Paragraph nicht unbedingt seinem Diktat zuweisen: F i c h t e n a u *Kanzlei* 251.



drücke schon lange und vielfältig gebraucht und mußten nicht immer einen streng bestimmbareren Rechtsinhalt besitzen. Eine solche allgemeine Verwendung ist z. B. anzunehmen, wenn zwischen 1156 und 1171 Herzog Heinrich einem seiner Ministerialen und dessen Nachkommen ein Gut, das dieser vorher dem Kloster Zwettl geschenkt hatte, *in perpetuum tuendam commisit*<sup>34</sup>). Bald trat jedoch der Begriff *commissio* in den Vordergrund und wurde der *infeudatio advocatiae* entgegengesetzt. So bereits in den Jahren 1177—1180, als es Herzog Leopold V. und der Graf von Raabs dem Abt von Garsten überließen, die Vogtei über die Klosterbesitzungen Gastern und Münichreith nach seinem Belieben zu übertragen (*committere*), wobei jede Möglichkeit einer Belehnung ausgeschlossen blieb<sup>35</sup>). Am deutlichsten erscheint sodann der Antagonismus zwischen Lehensvogtei und kommittierten Defensorenamt in jener Urkundengruppe, die das Kloster St. Florian aus der ersten Hälfte des 13. Jhs. besitzt<sup>36</sup>). Was die Herzogsurkunden betrifft, so werden die beiden gegensätzlichen Rechtsinstitute erstmals 1208 in einer Ausfertigung Herzog Leopolds VI. faßbar<sup>37</sup>). Der Begriff „Vogt“ tritt dabei deutlich zurück und wird durch das ad hoc besetzte Schützer-

34) *BUB* 1 30 Z. 35 f. Nr. 22. Es handelt sich um eine Empfängerausfertigung (Ebd. Z. 20 f.).

35) Vgl. oben Anm. 6. Eine ähnliche Verwendung desselben Begriffs um die gleiche Zeit siehe im Urkundenbuch des Benedictiner-Stiftes Seitenstetten bearb. v. Isidor Raab (*FRA* II 33, Wien 1870) 21 Nr. 13, eine Urkunde des Erzbischofs Wichmann von Magdeburg aus 1186: ... *advocatiā bonorum* ..., *que ... contulimus, Conrado comiti de Bilstein administrandam commisimus*. Er und seine Nachkommen sollen sie *perpetuo* besitzen, „*ea ratione, quod nec ei nec posteritati successionis sue ipsam advocatiā alicui liceat in feodo concedere*. Die *commissio ad tempus* im Gegensatz zur Erbvogtei siehe auch im Urkunden-Buch des Landes ob der Enns = *UBLOE* 1 (Wien 1852) 191 Nr. 217 (1191): *non hereditario iure, sed quasi ad tempus sibi commissam*. Vgl. dazu Zauner *Garstener Urkunden* 287. Vgl. ferner *SBUB* 2 487 f. Nr. 349 (1160): Erzbischof Eberhard I. für Reichersberg: *si prepositus eiusdem loci expecierit aliquem sibi destinari a principali advocato* (des Hochstifts), *qui eius inibi vicem agat, committatur ei talis procurator absque iure beneficiali, quamdiu placet preposito et congregationi, cui si fuerit gravis aut inutilis, removeatur et utilior in eius locum simili tenore statuatur* ... (487) ... *nec ipse principalis advocatus nec aliquis ab eo missus* ... (488). Vgl. dazu Martin *Vogtei* 388 und Peter Classen *Gerhoch von Reichersberg. Eine Biographie. Mit einem Anhang über die Quellen, ihre handschriftliche Überlieferung und ihre Chronologie* (Wiesbaden 1960) 75, 375 f. Nr. 103. Die Urkunde stammt von einer Empfängerhand, das Diktat vom Propst Gerhoch: Heinrich v. Fichtenau *Studien zu Gerhoch von Reichersberg in MIOG* 52 (1938) 17 f. und Classen *Gerhoch* 207, 376 Nr. 103. Ähnlich lauten die entsprechenden Stellen in Urkunden der Jahre 1192 und 1203: *SBUB* 2 659 Nr. 484, 3 (Salzburg 1918) 44 Nr. 567. Über den Gebrauch des Wortes *commissio* für die Delegation im 13. Jh. vgl. F. J. Niemeyer *Mediae Latinitatis Lexicon minus* Fasc. 3 (Leiden 1956) 217 s. v. *commissio und commissarius*.

36) Vgl. Hageneder *St. Florian* 125.

37) *BUB* 1 211 Z. 37 f., 212 Z. 2—4 Nr. 162: *actor causam ad eum, cui in defensionem ecclesie vices nostras commiserimus, deferat* ... *Et ne aliquis vel heredum vel successorum nostrorum huius constitutionis nostre privilegium neque per inphedationem neque per aliud quodcumque genus alienationis in posterum infringere debeat* ... Für die Urkunde wird das Diktat des herzoglichen Notars Ulrich angenommen (Ebd. 210 Z. 20). Ebenso lautet die entsprechende Stelle in einer vor dem Mai 1212 von einem St. Florianer Schreiber verfaßten Urkunde: Ebd. 259 Z. 38 f. 44 f. Nr. 188.

amt ersetzt; ein Vorgang, der sich an den entsprechenden Urkundenformeln klar ablesen läßt<sup>38)</sup>. Die Aufgaben des Defensors begründet sodann ein Diplom Kaiser Ottos IV. vom 21. Mai 1212 eingehend. Wegen seiner vielfachen Tätigkeit müsse der Herzog die *defensio* an einen Vizedefensor delegieren, so heißt es hier. Damit dieser seine Position nicht zum Schaden des Stiftes ausnütze, wird dem Propst das Recht zugestanden, dafür eine ihm geeignet erscheinende Person auszusuchen, die ihr Amt freilich nur als Legation des Herzogs auffassen dürfe. Ferner solle es dem Propst erlaubt sein, den Defensor jederzeit abzulehnen und an seiner Stelle einen anderen zu verlangen, falls es dieser wage, sich das Recht eines Vogtes anzumaßen. Scheidet der Propst von seinem Amt, so erlischt auch die Delegation, und der folgende Kloostervorsteher kann einen anderen Schützer erwählen. Abermals wird jede Lehensvogtei verboten<sup>39)</sup>. Wahrer Vogt von St. Florian war nur der Herzog von Österreich<sup>40)</sup>.

Die Formulierungen dieses Königsdiploms, dessen Text eine Empfängerhand schrieb und das bald nacher vom König Friedrich II. erneuert wurde<sup>41)</sup>, bleiben für die Zukunft verbindlich. Herzogliche, jedoch in St. Florian geschriebene, Urkunden der Jahre 1212 und 1215 wiederholten sie weitgehend, wobei man auch den Topos von der Überbeschäftigung des Fürsten, die eine Delegation des

<sup>38)</sup> BUB 1 Nr. 162 (1208): *per eum, quem pro petitione prepositi illius ecclesie constituimus advocatum* (211 Z. 29 f.) und Nr. 188: *quem ad hoc specialiter destinaverimus* (259 Z. 23). Zugleich wird diese Person *vicarius* genannt (Ebd. 259 Z. 31). Die Formulierungen von 1208 erscheinen wieder in einer Neuausfertigung oder Fälschung der Jahre 1221—1230: BUB 1 192 Z. 19 f. 25 f. 38 f. Nr. 147.

<sup>39)</sup> UBLOE 2 (Wien 1856) 549 Nr. 378: *Sed quia utilitas ecclesie exigit, ut dux Austrie defensor et advocatus sepedicte ecclesie propter frequentes occupationes suas alicui vices suas in defensione eiusdem ecclesie committat, ne occasione talis commissionis, que ad repellendas ab ecclesia oppressiones ab ipso duce pro tempore pie fit, contra ius huius privilegii ipsi vicedefensores in illicitas transeant abusiones, universorum noticie volumus inculcari, quod ei soli fieri debet talis commissio, quem prepositus sibi ad hoc ydoneum a duce postulaverit, qui nec nomine nec aliqua utilitate seu iure advocati sibi usurpato tantum sub legacione ducis eiusdem ecclesie prepositum fideliter manuteneat Quia vero pretextu talium commissionum huiusmodi vicedefensores frequenter aviditate temeraria in iura advocatorum se solent ingerere, firmiter interponimus, ut si quando a tali vicedefensore prepositus se senserit gravari, liceat ei ipsum recusare et alium a duce expetere. Et ne diuturnitas temporis ulli talium possit in preiudicium ecclesie suffragari, statuimus, ut expirante tempore administrationis prepositi talis etiam expiret commissio, donec successor eius ipsum denuo expetat vel alium ... Quodsi in eius preiudicium aliquo precipiti consilio ab heredibus Leopoldi illustris ducis Austrie et Styrie inphudacio de solo facto contigerit, irritam eam et omni robore vacuum censemus omnino non tenere.*

<sup>40)</sup> Ebd.: *nullas sibi vendicans utilitates preter pecuniarias conposiciones, que pro lesione hominibus ecclesie ab extraneis illata ducibus Austrie sicut veris advocatis fuerint adiudicate*

<sup>41)</sup> Paul Zinsmaier *Die Urkunden Philipps von Schwaben und Ottos IV. (1198—1212)* (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg Reihe B, Forschungen 53 [Stuttgart 1969]) 87, 91, 124: die verlängerte Schrift und das Monogramm sind von einem Angehörigen der Kanzlei, die Datierung entspricht dem Kanzleiusus, der Kontext stammt von einem Kloosterschreiber. Friedrich II: UBLOE 2 558 Nr. 383.

Schutzes notwendig mache, beibehielt<sup>42)</sup>. Die auf 1215 datierte Ausfertigung bringt eine bemerkenswerte Erweiterung: der Propst soll nicht mehr vom Herzog, sondern von dessen Kurie und jener seiner Nachfolger einen geeigneten Schützer erbitten<sup>43)</sup>. Die Person des Fürsten wird also durch seine Kurie ersetzt: ein schönes Beispiel für den Übergang vom aristokratischen Personenverbandsstaat zum institutionellen Flächenstaat des späten Mittelalters!<sup>44)</sup>. Aus 1243 stammt das letzte Privileg dieser Urkundenreihe; es enthält in den Einzelbestimmungen nichts wesentlich Neues<sup>45)</sup>. Auf jeden Fall gehörte die *commissio* einer *defensio* damals zum gängigen Vokabular derartiger Herzogsurkunden<sup>46)</sup>. Sie fand seit dem Beginn des 13. Jhs. ihre Parallele im Brauch der babenbergischen Landesherren, in Prozessen ihrer Klöster die Entscheidung eigens bestellten Kommissären zu übertragen; wie es 1207 für Göttweig und 1210 zugunsten der Zisterze Reun bezeugt ist<sup>47)</sup>.

Eine solche Delegation lag selbstverständlich vor allem im Interesse der Kirchen und Klöster; war es ihnen doch auf diesem Wege möglich, die Gerichtsbarkeit etwaiger adeliger Untervögte zu umgehen. 1202 erhielt das Stift Seckau vom Herzog Leopold VI. das Privileg, Prozesse über seine Güter nur vor einem Richter, der dafür ein spezielles Mandat des Landesherren erhalten hatte, führen zu müssen. Als Begründung wird angegeben, daß Kirchen, die der Vogtei des Landesfürsten unterstehen, ihre Besitzungen auf dem Gerichtswege nur dann verlieren könnten, wenn dieser selbst oder ein speziell von ihm bestellter Richter

42) BUB 1 262 Z. 8 ff. Nr. 189, 275 Z. 19 ff. Nr. 196. Über eine ähnliche Begründung des Grafen von Flandern aus dem Jahre 1064 berichtet Mayer *Fürsten und Staat* 189.

43) BUB 1 275 Z. 23 f.: *ei soli fieri debet talis commissio, quem prepositus sibi ad hoc ydoneum a curia nostra nostrorumque successorum postulaverit*. Vgl. damit oben Anm. 39. Die Urkunde ist von Empfängerhand geschrieben (Ebd. 273 Z. 15).

44) Diese Formulierung stammt von Theodor Mayer *Die Entstehung des „modernen“ Staates im Mittelalter und die freien Bauern* in ZRG GA 57 (1937) 211 ff., Derselbe *Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im Mittelalter* in HZ 159 (1938) 462 ff., bes. 466; vgl. auch Derselbe *Fürsten und Staat* bes. 88, 197, 237, 245 f. Zum Problem der *curia* siehe Otto Hintze *Die Entstehung der modernen Staatsministerien in Staat und Verfassung* (Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte 12, 1962) 27 f. und Gunter Gudian *Die grundlegenden Institutionen der Länder in Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte* 1 (München 1973) 402. Zur Bedeutung der *curia* für den fürstlichen Hof vgl. auch Karl Jordan *Die Entstehung der römischen Kurie. Ein Versuch* in ZRG 59 KA 28 (1939) 119 ff. bzw. *Libelli* 91 (Darmstadt 1962) 29 ff., 66 zu 30 ff.

45) BUB 2 271 Nr. 421.

46) Vgl. z. B. das Privileg für den Deutschen Orden von 1233 oben Anm. 33 und die Urkunde für Garsten von 1240 unten Anm. 78. Im Umkreis der in St. Florian hergestellten Urkunden begegnet die *commissio* der Vogtei übrigens erstmals in einer angeblichen Urkunde Bischof Reginmars von Passau zu 1122: UBLOE 2 157 Nr. 103. Dabei handelt es sich um eine Fälschung der Florianer Hand A, die um 1200 bzw. zwischen 1202 und 1213 entstanden ist; vgl. Anton Julius Walter *Die echten und gefälschten Privilegien des Stiftes St. Florian und ihre Stellung in der Verfassungsgeschichte* in *Archivalische Zeitschrift* Dritte Folge 8 (1932) 60, 65, 102, 104.

47) BUB 1 203 Z. 10, 13 f. Nr. 157: *litem transactione determinandam dignum duximus committere*; 232 Z. 41 f. Nr. 174: *a ... commissariis terminorum est facta determinatio*. Beide Urkunden zeigen Empfängerdiktat (Ebd. 202 Z. 37 f., 232 Z. 19).

das Urteil sprächen<sup>48</sup>). Ein wenig später bestimmt derselbe Herrscher, daß allein er oder seine Richter die Hintersassen von Kirchen, welche ihm *specialiter* zugehören, wegen Diebstahls und Raubes verurteilen dürfen<sup>49</sup>). Ähnliches war wohl gemeint, als Herzog Friedrich II. 1241 seinen Richtern und Mauteinnehmern verbot, gegen das Kloster St. Peter in Salzburg erhobene Klagen ohne seine, des Landesfürsten, Einwilligung im Gericht anzunehmen oder darüber zu verhandeln<sup>50</sup>).

Auf diese Art entstand ein Kreis herzoglicher *ecclesiae speciales*, die meistens vom Landesherren gegründet oder dotiert worden waren, auf jeden Fall aber seiner Vogtei unterstanden. Zu ihnen gehörten sicherlich Garsten und St. Florian<sup>51</sup>). Der Landesfürst bestellte, wie gezeigt, ihre Schützer durch Delegation und behielt sich die Entscheidung in ihren Prozessen entweder persönlich vor oder übertrug sie durch ein Spezialmandat seinen Richtern. Die Urkunden, in denen diese Entwicklung zum Ausdruck kommt, wurden oft in ihren formel-

48) BUB 1 163 Z. 33—38 Nr. 125: *omnibus iudicibus sub principatu nostro constitutis sub obtentu gratie nostre districte precipimus, quatinus super prediis iam dicte ecclesie absque speciali mandato nostro nullius querimoniam audire vel aliquid iudicare presumant, quoniam ecclesie nobis advocacionis iure attinentes predia sua absque audientia vel speciali commissione nostra amittere de iure non possunt.* Vgl. dazu Heinrich v. Srbik *Die Beziehungen von Staat und Kirche in Österreich während des Mittelalters* (Forschungen zur inneren Geschichte Österreichs 1 [Innsbruck 1910]) 88 f., 98 f. Etwas mißverständlich: Me z l e r - A n d e l b e r g *Landesfürst und Klöster* 445 f. Zur Vogtei der Otakare über Sedkau vgl. Heinrich Appelt *Friedrich Barbarossa und die Landesherrschaft der Traungauer* in *Festschrift Karl Eder zum siebzigsten Geburtstag* (Innsbruck 1959) 307 ff.

49) BUB 1 138 Z. 25—30 Nr. 104 (1198 — vor 1226): *statuimus, ut nullus iudicum aut ammannorum nostrorum nec ullus omnino laicus in prediis vel hominibus seu quibuscum que bonis ecclesie beate Marie de Haimburch et aliarum ecclesiarum specialiter ad nos pertinencium servicia ulla exigere vel exactiones aliquas presumat de cetero exercere. Si autem persona secularis alicuius ecclesiarum nostrarum de furto vel raptu convicta fuerit, ipsa nostro subiaceat vel nostrorum iudicio* Die Urkunde weist Kanzleidiktat auf (Ebd. 137 Z. 36).

50) BUB 2 235 Z. 21 f. Nr. 390: *nec contra ipsos aliquas querimonias, nobis inconsultis hoc tempore, audiat.*

51) BUB 2 204 Z. 36—44 Nr. 360 (1240) für Garsten: *Nolentes igitur talem violationem in specialibus ecclesiis nostris aequaliter effrenari, notum facimus universis, quod licet ecclesiam Gerstensem, que nos iure fundationis specialiter respicit, apud Sitzenberch singulari defensione ceperimus amplexari, ad instantiam ... Bertholdi abbatis et conventus eiusdem in presentia nobilium nostrorum ... ipsam taliter exemptam nobis attraximus, quod ubicumque in nostro districtu possessiones vel quaslibet iurisdictiones habuerit, nos et omnes nostri successores illas specialiter defendere teneamur exclusis pene omnibus, qui sibi in eadem ecclesia ius advocandi hactenus usurpabant.* Es handelt sich um eine Kanzleiausfertigung (Ebd. 204 Z. 6 f., 20 ff.). Vgl. dazu Z a u n e r *Garstener Urkunden* 295 f.

BUB 2 272 Z. 36—38 Nr. 421 (1243) für St. Florian: *... advocatie ecclesie sepedicte et omnium prediorum eius in nostrorum dominio constitutorum sicut ad antecessorum nostrorum ita ad nostram quoque iurisdictionem pertinent specialem.* Vgl. auch Alois Z a u n e r *Die Urkunden des Benediktinerklosters Gleink bis zum Jahre 1300* in *MOÖLA* 9 (1968) 49 f. über die um 1262 erfolgte Fälschung einer Babenbergerurkunde (BUB 2 150 Z. 15 f., Nr. 312), die gleichfalls diesen Begriff verwendet.

haften Teilen von herzoglichen Notaren stilisiert; manchmal handelt es sich auch um reine Empfängerüberlieferungen, die zur Gänze in den jeweils begünstigten Klöstern entstanden und an die man zum Zeichen der Genehmigung das Siegel des Ausstellers hängte. Dabei ist zu bedenken, daß der sachliche Inhalt der teilweise von den Notaren verfaßten sogenannten Kanzleiausfertigungen gleichfalls vom Empfänger stammen kann. Auch in diesem Fall darf angenommen werden, daß die stilistische Einkleidung des Textes durch den Angehörigen der „Herzogskanzlei“ einer Billigung gleichkam und daher den politischen Intentionen des Fürsten entsprach<sup>52)</sup>. Die Überwindung der Lehensvogtei durch das delegierte Defensorenamt dürfte also in der Absicht beider Parteien gelegen haben: der Klöster, die sich dadurch der drückenden adeligen Vogtei zu erwehren suchten, und des Landesherrn, da er auf solche Weise den Bereich seiner unmittelbaren Herrschaft gegenüber den feudalen Kräften seines Landes auszuweiten vermochte.

Dieser Prozeß war nicht auf Österreich beschränkt, sondern allgemein. Eine kurze Betrachtung der Kirchenvogtei der deutschen Könige und römischen Kaiser von Friedrich I. bis zu Friedrich II. und Heinrich (VII.), wie sie sich auf Grund der darüber vorhandenen Literatur<sup>53)</sup> gewinnen läßt, möge das belegen. Die Diplome dieser Herrscher nennen nämlich oft Klöster, die *specialiter* ihrem Schutze unterstanden und damit zur Herrschaft (*iurisdiction*) des jeweiligen Königs ein ganz besonderes Verhältnis besaßen. Man umschrieb es durch die Formulierung: *specialiter imperio attinens*<sup>54)</sup>. Ein derartiger herrschaftsbegründender

<sup>52)</sup> Vgl. dazu Hans Hirsch *Studien über die Vogtei-Urkunden süddeutsch-österreichischer Zisterzienserklöster* in *Archivalische Zeitschrift* Dritte Folge 4 (1928) 18, 23, 24 f., 28, 32 und Othmar Hageneder *Ottokar II. Přemysl und das Land ob der Enns im Spiegel des Codex diplomaticus et epistolaris regni Bohemiae VI/1 (1253—1266)* in *Jahrbuch des Oberösterreichischen Musealvereines* 120/1 (1975) 119 ff. Prinzipiell: Oswald Redlich *Die Privaturkunden des Mittelalters (Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte* 4/3, München und Berlin 1911) 125 ff., bes. 137 f. Die Ergebnisse der diplomatischen Forschung hinsichtlich der Fragen von Kanzlei- oder Empfänger-ausfertigung wurden in den obigen Anmerkungen beim jeweiligen Text vermerkt.

<sup>53)</sup> Nach Hirsch *Klosterimmunität*, Heinrich Geffcken *Die Krone und das niedere Kirchengut unter Kaiser Friedrich II.* (Jena 1890) 37 ff. und dem in Anm. 54 zu nennenden Buch Alfred Haverkamp.

<sup>54)</sup> Vgl. z. B. 1163 Kaiser Friedrich I. Barbarossa für das Kloster Speinshart: *quia omnes ecclesie sacrosancte Romane ecclesie matri nostre libere collate ad nostram tuitionem ac defensionis protectionem specialiter pertinere dinoscuntur* ... nimmt er es in seinen Schutz und reserviert sich die Vogtei: *Monumenta Boica* 29 a (München 1831) 365 Nr. 505 = Karl Friedrich Stumpf *Die Kaiserurkunden des X., XI. und XII. Jahrhunderts* (Innsbruck 1865—1883, Nachdruck Aalen 1960) = St. Nr. 3973. Die Urkunde ist von einem Kanzleinotar geschrieben und stilisiert: Josef Riedmann *Studien über die Reichskanzlei unter Friedrich Barbarossa in den Jahren 1156—1166* in *MIÖG* 76 (1968) 44.

Ähnlich beurkundet Kaiser Heinrich VI. 1194 für die Abtei S. Salvator am Berge Amiata: *Imperialem decet benignitatem ... eas que specialis subiectionis et dominii iure imperio pertinere dignoscuntur, uberiori gratia et favore respicere et imperiali potentia defensare et manutenere sub nostra et sacri imperii nostri protectione suscepimus et defensione monasterium ... sub nostra speciali defensione constitutum* (St. 4874); Gerhard Baken *Regesta Imperii* 4/3 (Köln—Wien 1972) Nr. 363: von

Schutz band viele Klöster Italiens und Burgunds an das Reich; und zwar in derselben Weise, wie das im deutschen Teil des Imperiums die Vogtei tat<sup>55</sup>). Dergleichen wurde die reichsunmittelbare Stellung italienischer Städte auf solche Weise definiert<sup>56</sup>). Dabei handelt es sich um die gleiche Spezialpertinenz, wie sie seit ca. 1200 in den babenbergischen Siegelurkunden für Kirchen und Klöster, über welche die Herzoge eine unmittelbare Vogtei ausüben, Anwendung findet<sup>57</sup>). Ein begrifflicher Zusammenhang mit der kirchlichen Exemption — also der direkten Unterstellung eines Klosters unter den Papst, welche seit Alexander III. u. a. mit dem Terminus *specialiter* umschrieben wurde — dürfte vorhanden sein<sup>58</sup>). An Stelle der bei uns in solchen Fällen zur Wahrnehmung des Schutzes bestellten Defensoren nennen die kaiserlichen Diplome einen *certus nuntius (missus) ad hoc specialiter deputandus (destinatus)*, der die Aufgabe hatte, Gericht zu halten und Steuern einzuheben. Besonders für italienische Empfänger wird er oft erwähnt<sup>59</sup>). 1163 bestellte Friedrich I. Barbarossa an seiner statt

einem Kanzleischreiber verfaßt und geschrieben. Vgl. Alfred Haverkamp *Herrschaftsformen der Frühstauffer in Reichsitalien 1 (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 1 [Stuttgart 1970])* 116.

*Specialiter imperio attinens*: 1194 für S. Salvador zu Fucecchio: St. 4871, Baaken Reg. 359; Haverkamp *Herrschaftsformen* 1 119. Weitere Beispiele s. Ebd. 1 126 Anm. 62 (S. Salvador zu Quartazzola, 1158), 130 Anm. 82 (S. Appollinare in Classe, 1164: *ecclesia specialis ad nostram iurisdictionem pertinet*), 131 Anm. 85 (S. Johann Evangelist zu Ravenna, 1177), 159 Anm. 6 (Polirone 1194), 300 Anm. 32 (S. Maria zu Pomposa, 1177), 2 450 Anm. 290 (S. Sisto zu Piacenza, 1185). Vgl. allgemein Ebd. 1 300.

<sup>55</sup>) Haverkamp *Herrschaftsformen* 1 163 f.

<sup>56</sup>) Z. B. Haverkamp *Herrschaftsformen* 1 218 Anm. 214 (1160 für Assisi). Ähnlich auch 224 Monte S. Vito und 206 Anm. 177 für Pistoia.

<sup>57</sup>) S. oben 80 f.

<sup>58</sup>) Vgl. Haverkamp *Herrschaftsformen* 2 462 Anm. 336 (Monselice 1188) und besonders Georg Schreiber *Kurie und Kloster im 12. Jahrhundert 1 (Kirchenrechtliche Abhandlungen 65 [Stuttgart 1910])* 52 ff. Auch die Beziehungen der Bischöfe zu ihren Eigenklöstern wurden mit dem Begriff *specialiter* umschrieben: Schreiber 187 Anm. 4, Othmar Hageneder *Die geistliche Gerichtsbarkeit in Ober- und Niederösterreich. Von den Anfängen bis zum Beginn des 15. Jahrhunderts (Forschungen zur Geschichte Oberösterreichs 10 [Linz 1967])* 10 Anm. 26, 12 Anm. 31.

<sup>59</sup>) Siehe die Beispiele bei Haverkamp *Herrschaftsformen* 1 132 Anm. 88 (S. Maria de Vangadizza, 1177), 158 Anm. 4 (Domkapitel von Arezzo, 1163), Anm. 5 (Domkapitel von Fermo, 1164), 238 (Passignano 1177), 245 Anm. 321 (St. Zeno in Verona, 1163). Vgl. auch Ebd. 1 194 (für das castrum Anghiari), 217 f. mit Anm. 214 (für Assisi) und St. 4022, ein Diplom Friedrichs I. von 1164 für die Grafen von Lomello: *... eos... ab omnium hominum exactione tam immunes reddimus et absolvimus, ut de cetero nulli potestati non civitati nec consulibus nec rectoribus, duci vel marchioni ac alicui persone magne vel parve de aliquibus respondeant, nisi nostre maiestati vel certo nostro nuncio, quem ad hoc specialiter deputandum duxerimus*. Das Diplom weist das Diktat eines Kanzleinotars auf: Walter Koch *Die Reichskanzlei in den Jahren 1167—1174. Eine diplomatisch paläographische Untersuchung (Denkschriften der Österr. Akademie der Wissenschaften 115 [Wien 1973])* 87 mit Anm. 48, 88 mit Anm. 50, 89 mit Anm. 59, 94 Anm. 12, 98 Anm. 39. Zum verfassungsgeschichtlichen Problem vgl. auch Julius Ficker *Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens 1 (Innsbruck 1868, Neudruck Aalen 1961)* 290 f. § 157, ferner Julius Ficker — Paul Puntschart

einen solchen *nuntius* zum Vogt des Klosters Speinshart in Franken<sup>60</sup>). Für Deutschland werden auch Untervögte angeführt, die den Schutz in Vertretung des Kaisers ausübten; wobei hier ebenfalls den Klöstern das Recht zustand, dazu eine ihnen geeignet scheinende Person zu erwählen und im Falle, daß sie ihrer Aufgabe nicht oder nur schlecht nachkomme, ihre Entfernung und die Bestellung eines neuen Schützers zu verlangen<sup>61</sup>). Diese letzte Konsequenz hat man z. B. 1183 gezogen, als der Vogt von Aldersbach, der sein Amt als Lehen aufgab, auf einem kaiserlichen Hoftag zu Nürnberg abgesetzt wurde<sup>62</sup>).

Auch im 13. Jh., besonders in den Diplomen Friedrichs II. und seines Sohnes Heinrichs (VII.), ist oft von der *protectio specialis* die Rede, in welche die einzelnen Klöster genommen werden<sup>63</sup>). Mit einer ähnlichen Formulierung wurde dann 1227 den Abteien Heiligenkreuz, Lilienfeld, Zwettl und Baumgartenberg, 1232 dem Kloster Melk und 1237 der Zisterze Wilhering der Schutz des Reiches zugesichert<sup>64</sup>). 1233 gebrauchte sie auch der Babenberger Friedrich II. in seinem Privileg für den deutschen Orden, als er dessen Häusern in der Steiermark versichert: *sub nostra protectione recipimus speciali*<sup>65</sup>). Gleichfalls

Vom Reichsfürstenstande. Forschungen zur Geschichte der Reichsverfassung zunächst im XII. und XIII. Jahrhunderte II/1 (Innsbruck 1911) 153 und Haverkamp Herrschaftsformen 1 251. Ähnliche Formulierungen wurden bereits für die karolingischen *missi dominici* gebraucht: Victor Krause Geschichte des Instituts der *missi dominici* in MIOG 11 (1890) 204 mit Anm. 4.

<sup>60</sup>) St. 3973: *nullus etiam iura advocatie ab eis exigere presumat, nisi nos tantum vel certus nuntius noster ad hoc specialiter a nobis destinatus, vel quem ipsi fratres inibi Deo servientes propria deliberatione et consensu nostro elegerint.*

<sup>61</sup>) St. 4137: Friedrich I. 1172 für das Kloster Pegau: *in nostram protectionem suscepimus, ex imperiali gratia statuentes, ut sine consensu abbatis et fratrum nunquam alius advocatus eidem presit ecclesie quam Romanorum imperator, et si fratres egeant subadvocato, qui eos vice imperatoris tueatur, liceat eis in quamcumque personam velint convenire; que si vicem imperatoris male gerendo fratribus inutilis extiterit, liberum sit eis arbitrium requirendi ab imperatore meliorem subadvocatum. Preterea nullius subadvocati heredes quidquam iuris in advocatiam sibi vindicare presument, nisi per voluntatem abbatis et fratrum vicem imperatoris obtineant, et si inutiles inventi fuerint, a regimine advocatie desistant.* Vgl. dazu Hirsch Klosterimmunität 114. Das Diplom ist von einer sonst nicht bekannten Hand geschrieben; das Diktat stammt von einem Kanzleinotar (Koch Reichskanzlei 46 mit Anm. 119, 154 f.).

<sup>62</sup>) St. 4356 (für Aldersbach): *Alramus de Kambe ... sub frequentia principum in consistorio dixit, se eandem advocatiam nomine beneficii tenere a Ottone Babenbergeni episcopo, was der Bischof widerlegte. Dem Abt wird erlaubt, sich mit dem Einverständnis des Bischofs defensorem rerum suarum eligere in perpetuum.*

<sup>63</sup>) *in specialium majestatis nostre protectionem recepimus (suscepimus):* J(ohann) F(riedrich) B(öhm)er — Julius F(icker) Regesta Imperii = BF 5 (Innsbruck 1881/82) Nr. 712 (1213), 1111 (1220), 1645 (1226), 4050( 1227); *sub nostra speciali protectione et (imperiali) defensione recepimus (suscepimus):* BF 932 (1218), 1599, 1586 (1225), 1690 (1226), 1730 (1228) 2006 (1232), 2069, 4317 (1234).

<sup>64</sup>) BF 1701 (1227): *sub imperiali protectione et defensione recipimus speciali;* 1725 (1228 für Lilienfeld): *sub speciali protectione et defensione nostra recipientes;* 1229 (1231 für Melk): *sub nostra et imperii protectione recipimus speciali;* 2215 (1237) für Heiligenkreuz: *sub nostra et imperii protectione recepimus speciali;* ebenso im gleichen Jahre für Wilhering (BF \*2226).

<sup>65</sup>) BUB 2 152 Z. 23 Nr. 313.

parallel zu den österreichischen Herzogen betrachten im 13. Jh. die deutschen Könige jene Klöster, deren Vögte sie sind, als ihre *ecclesie speciales* <sup>66</sup>). Ebenso bestellen sie die (Unter)Vögte in der Form einer *commissio* <sup>67</sup>), weshalb sich die Bezeichnung *commissarius* für sie findet <sup>68</sup>). Dazu steht auch hier die Delegation der Vogtei in einem deutlichen Gegensatz zur Gewohnheit, sie als Lehen zu vergeben. Am klarsten kommt das in den schon angeführten Diplomen Kaiser Friedrich II. für die österreichischen Zisterzen zum Ausdruck. Sie bestimmen ausdrücklich, daß der Defensor an Stelle des Herrschers die ihm nach dessen

<sup>66</sup>) Vgl. z. B. BF 1008 (1219 für die Abtei Odenheim): *Licet utique generaliter omnes ecclesias defendere teneamur, illis tamen ecclesiis specialius gratiam defensionis impendere debemus et earum commoditatibus providere, que speciali gratie nostre et imperii protectioni tam gratis quam liberaliter se submitunt*. Die Urkunde ist von einem Kanzleinotar geschrieben: Paul Zinsmaier *Untersuchungen zu den Urkunden König Friedrichs II. 1212—1220* in *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 97 (1949) 434 f.

Vgl. ferner BF 4100 (1228): Heinrich (VII.) für die Kirche des Hl. Adalbert zu Aachen, *que ad nos specialiter pertinet*. Die Urkunde wurde außerhalb der Kanzlei geschrieben: Paul Zinsmaier *Studien zu den Urkunden Heinrichs (VII.) und Konrads IV.* in *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 100 (1952) 464 Anm. 57. Zum ganzen Problem vgl. Geffcken *Die Krone und das niedere deutsche Kirchengut* 37 ff.

<sup>67</sup>) Z. B. BF 686 (1213 für das Kloster Engelberg): *Quod si ille (i. e. advocatus), quod absit, depravatus aliquando fuerit et commissionem ad utilitatem ecclesie non custodierit, liceat abbati semper inutilem removere et alium sibi utiliore substituire. Concedimus quoque abbati cum consilio fratrum ad utilitatem monasterii emere, vendere, mutuari loca monasterii longe disiuncta et remota a monasterio absque contradictione advocati et ea defendenda committere alteri*. Die Urkunde stellt eine von der Kanzlei genehmigte Empfängerausfertigung dar: Zinsmaier *Untersuchungen* 383, 408. Vgl. ferner BF 691 (1213 für das Schottenkloster St. Jacob in Regensburg): *Advocati vero, quibus commissa fuerit a nobis advocatia vel a nostris successoribus regibus vel imperatoribus ... 1225* erneuert König Heinrich (VII.) das Diplom mit dem Zusatz: *quia solummodo commissio est, Scoti advocatiam auferent ab eisdem et in potestatem imperii vendicabunt* (BF 3973). Ferner BF 808 (1215 für Hirsau): *illam nobis reservavimus libertatem, quod nos, si forte illi, in quorum procuracione ex commissione regia eadem iam est advocatia, bona ecclesie dissipaverint et ipsum abbatem aut homines suos ... indebite molestaverint, ipsam ab eis tollemus commissionem et alicui de scultetis nostris ad commodum prefate ecclesie Hirsaugiensis commitemus tenendam aut alicui fidelium nostrorum ad instantiam petitionum ipsius abbatis Hirsaugiensis, quem noverimus ipsi ecclesie expedire*; die Urkunde entstand in der königlichen Kanzlei: Zinsmaier *Untersuchungen* 429, 434 f. Vgl. auch BF 1619 (1226 für das Kloster Rot): *ad postulationem dicti abbatis eandem advocatiam in Rote dilecto fidei nostro comiti Cononi de Wasserburch contulimus et tuendam commisimus loco nostri ... Qui si contra presentis commissionis nostre paginam attemptaret ... Vorher dürfte die Vogtei zu Lehen gegangen sein: *advocatiam ab imperio sibi collatam ...*; König Heinrich (VII.) *investivit eum ...; investituram regis filii nostri ... in irritum revocantes ...* BF 4022 (1226 König Heinrich VII. für das Kloster Ursberg): *Adicimus etiam, ut quilibet, cui ad electionem fratrum committimus, ut ipsos vice nostra defendat et iura nostra et ipsorum tueatur, si fuerit eis gravis aut dampnosus seu inutilis, cum hoc nostre innotuerit maiestati, ad petitionem fratrum alius defensor, quem petierint, ipsis concedatur*.*

<sup>68</sup>) BF 1008 (1219 für die Abtei Odenheim): *declaramus, quod nos vel successores nostri non substituemus dicte ecclesie aliquem procuratorem, commissarium vel advocatum ...* (Es handelt sich um eine Kanzleiausfertigung; vgl. oben Anm. 66).



freiem Entschluß übertragene Funktion ausüben solle und sie auf keinen Fall als Lehen oder erbliches Recht betrachten dürfe<sup>69</sup>). Bemerkenswert ist, daß der Text dieser Urkunden höchstwahrscheinlich von den Empfängern hergestellt wurde, wobei man die Vogteibestimmungen der Papsturkunde entnahm. Die kaiserliche Kanzlei dürfte den Entwurf bloß überarbeitet haben<sup>70</sup>). Ahermals haben wir es also mit einem Zusammenwirken der Klöster und des Herrschers bzw. seiner Notare zu tun; ähnlich wie es für die Verbreitung des Defensionats im babenbergischen Österreich angenommen werden konnte. Das zitierte Beispiel der österreichischen Zisterzen steht jedoch nicht allein. Schon 1220 hat Friedrich II. dem Vogt der Marienkirche von Matton (Interlaken) im Bistum Lausanne verboten, die *commissio advocatiae* als Lehen weiterzugeben<sup>71</sup>). Der Antagonismus einer Delegation des *defensor* und der Lehensvogtei wurde, auch außerhalb des sogenannten „Heiligenkreuzer Formulars“ von 1227, oft betont<sup>72</sup>). Ferner scheint es, daß die zeitlich begrenzte Kommittierung der Vogtei oder des Defensionats in der ersten Hälfte des 13. Jhs. gegenüber der Zeit Friedrichs I. Barbarossa beträchtlich zugenommen hat. Dasselbe hat schon Julius von F i c k e r in bezug auf die Einsetzung delegierter Richter festgestellt, die bereits gegen Ende der Regierung des ersten Stauferkaisers mit *commissio* und *causam committere* umschrieben wurde<sup>73</sup>). Auch hier ist also eine Parallele zum babenbergi-

<sup>69</sup>) BF 1701 (1227) für Heiligenkreuz, Lilienfeld, Zwettl und Baumgartenberg: *Verum quia remoti a nobis maiestatis vestre presentiam adire quotiens expedit non valetis, ne quid iuri aut utilitatibus vestris exinde valeat deperire, defensorem vobis eum (oder statt vobis eum / eius ipsum) dumtaxat, quem vos ipsi (oder: abbas et conventus predicti) ad hoc elegeritis (oder elegerint), deputamus et habere concedimus, cui in vestra (oder: eorum) defensione, in contractibus, in causis civilibus et in aliis civilium negotiorum transactionibus vestre vicis executionem non in feudo habendam, non perpetuo obtinendam, neque heredibus relinquendam (damus), sed salva vestra libertate committimus.* Ähnlich 1237 für Wilhering (BF \*2226), ein in der Kanzlei stilisiertes Diplom (Zinsmaier Studien 541). Vgl. auch die Einsetzung eines Vogtes in BF \*2220. Die Bestellung eines defensor, der kraft königlicher Gewalt die Güter des Klosters Engelberg im Aargau beschützen soll, vgl. auch in BF \*4261. Zu BF 1701 (1227) für die österreichischen Zisterzen siehe auch Paul Zinsmaier *Die Reichskanzlei unter Friedrich II. in Vorträge und Forschungen* 16 (1974) 145.

<sup>70</sup>) Hirsch *Studien über Vogteieurkunden* 17 f., 30 f.

<sup>71</sup>) BF 1090: *Ad hec subjicientes sancimus, ut nullatenus advocato vel alicui hominum sit licitum commissionem advocatie vel in pignore ponere vel alicui in feudo conferre* (Diese Textstelle stammt von einem Kanzleinotar: Zinsmaier *Untersuchungen* 386).

<sup>72</sup>) BF 4092 (König Heinrich (VII.) 1227 für St. Johannes in Turtal): *eandem advocatiam nunquam a nobis et imperio alienabimus ratione infeudationis, obligationis vel cuiuscumque alienationis, sed loco nostri constituemus ibidem advocatum pro tempore vel viceadvocatum.* Die Urkunde wurde von einem Schreiber der königlichen Kanzlei verfaßt und geschrieben (Zinsmaier Studien 505 f.) Vgl. ferner BF 1781 (Friedrich II. 1230 für das Kloster Reichersberg am Inn): *... eidem de speciali gracia indulgentes, ut si eiusdem loci prepositus a principali advocato sibi aliquem advocatum destinari petierit, committatur ipsi absque iure beneficii talis procuracio liceatque preposito et fratribus, si inutilis et gravis ille fuerit, eum amovere et loco ipsius meliorem substituere.*

<sup>73</sup>) Ficker *Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens* 1 300 § 164, 2 10 § 217; vgl. auch St. 4322 (1181) für die Kirche des Hl. Grabes in Denkendorf: *Statuimus etiam... ut cuicumque in Ezelinge vicem nostram et potestatem exequendi, iusticias et negocia nostra*

schen Österreich erkennbar <sup>74</sup>). Ebenso gewähren die Königsdiplome den Klöstern sehr oft das Recht, den vom Herrscher zu bestellenden Vogt zu erwählen und im Falle seiner Untauglichkeit wieder abzusetzen <sup>75</sup>).

Hier wie dort trafen sich also die Interessen der Ordenshäuser und des jeweiligen Herrschers in einem Punkt: die Vogtfreiheit der einen gab dem anderen die Möglichkeit, Stützpunkte seiner unmittelbaren Gewalt zu gewinnen <sup>76</sup>). Auch für den deutschen König scheint der delegierte (*specialis*) *defensor* eine Vorform des absetzbaren Beamten, der an die Stelle des lehensabhängigen Vasallen treten sollte, gewesen zu sein <sup>77</sup>); ein Punkt, auf den unten noch genauer eingegangen werden mag.

Doch soviel sei gleich gesagt: vorerst blieb das mehr ein Wunschbild als eine reale politische Tatsache. Die nun mit der *defensio* beauftragten früheren Untervögte oder Landrichter nützten nämlich bisweilen ihre Stellung in derselben Weise aus, wie sie es früher getan hatten <sup>78</sup>). Die Folge davon war, daß man sich

*prosequendi commiserimus, ille querimonias predictae ecclesie benivole audiat, oportunitates attendat et tamquam nostras proprias usquequaque expediat.* Das Diplom wurde vielleicht von einem Notar der Kanzlei reingeschrieben (Koch *Reichskanzlei* 160 Anm. 11). Die Bestellung eines *certus nuntius* findet sich auch im 13. Jh.; vgl. *BF* 4022 (König Heinrich VII. für das Kloster Ursberg): *ut videlicet nullus index seu cuiuslibet potestatis homo presumat homines ipsorum temere distringere aut contra ipsos de preiis ecclesie placitare, nisi coram nobis aut nuntio nostro specialiter ad hoc destinato . . .*

<sup>74</sup>) Siehe oben 80 f.

<sup>75</sup>) Vgl. *BF* 686, 808, 3973, 4022 (oben Anm. 67), 1701 (oben Anm. 69), 1781 (oben Anm. 72); ferner *BF* \*4261 (König Heinrich VII. 1232 für das Kloster Engelberg). Auch die Bezeichnung des Vogtes als eines Exekutors der herzoglichen Gewalt findet in den Königsdiplomen ihre Parallele; vgl. z. B. *BUB* 2 10 Z. 27 f., 32 Nr. 207: *quibus nos secundum petitionem abbatis premissorum executionem mandaverimus . . . ; talis a predicto executore coherceatur . . .* mit *BF* \*809 (1215 für Ort und Kirche Honau): *dilectos fideles nostros scultetum de Ehenheim et scultetum de Hagenovia ad hoc instituimus, quod ipsi vice et auctoritate regia istius protectionis nostre sint executores* (Die Urkunde wurde von einem Kanzleinotar stilisiert: Zinsmaier *Untersuchungen* 385, 393) und *BF* 1701 (1227 für die österreichischen Zisterzienserklöster): *Volumus enim nostre potestatis executores nostre pietatis habere sectatores . . .*

<sup>76</sup>) Vgl. Dopsch *Reformkirche und Landesherrlichkeit* 73 und hinsichtlich der *defensio specialis* des Reiches über die österreichischen Zisterzienserklöster Hirsch *Vogteieurkunden* 34. Allgemein auch Hirsch *Klosterimmunität* 114.

<sup>77</sup>) Vgl. z. B. *BF* 3982 (1225): König Heinrich (VII.) verspricht dem Schultheiß und den Bürgern von Rheinfeldern, *ut nunquam procuracionem castri Rinfelden seu regimen civitatis alicui committere debeamus, nisi persone provide et discrete ad ipsum dominium pertinenti vel alicui, quem sine nota suspicionis duxerint acceptandum.* Die Urkunde wurde in der königlichen Kanzlei verfaßt und geschrieben (Zinsmaier *Studien* 482, 485, 501).

<sup>78</sup>) Vgl. bereits *BUB* 2 204 Z. 29—32 Nr. 360 (1240): *quidam . . . minori personatu predicti fundaciones principum taliter sibi nomine vel pretextu advocacie nituntur usurpare, quod asserunt se ex quadam speciali commissione vel alia conficta occasione se debere fore legitimos advocatos* (Es handelt sich um eine Kanzleiausfertigung, vgl. ebd.). Die Fortsetzung vgl. oben in der Anm. 51. Zum Ganzen siehe auch Dopsch *Reformkirche und Landesherrlichkeit* 73. Ähnliches scheint *BF* 4072 (1227), ein Mandat König Heinrichs (VII.) für das Kloster Walkenried, zu besagen. Der Schutz wird dem Grafen von Waldenberg übertragen: *cum dilectis nostris abbati et conventui de Walchen-*

von Seiten der Klöster auch gegen die *defensores* wandte und einen noch direkteren Schutz des Landesfürsten anstrebte: er sollte ihn persönlich ausüben und niemanden mehr übertragen. Also dieselbe Forderung, wie sie früher gegenüber der Lehensvogtei erhoben worden war!<sup>79)</sup> Sie führte schließlich dazu, daß in den Jahren 1262/63 König Ottokar II. von Böhmen den Klöstern des Landes ob der Enns ein derartiges Versprechen gab: *deffensionis et utilitati claustrorum intendere personaliter volumus cum affectu et effectu nec in hac parte ulli hominum committere vices nostras*<sup>80)</sup>. Damit wäre jede adelige Untervogtei und Schützerfunktion beseitigt gewesen. Die Klöster hätten also gemeinsam mit den Landesherrn ihr Ziel erreicht gehabt. Doch war dem keine Dauer beschieden. Schon die ersten Herzoge aus dem Hause Habsburg mußten dem Adel ihrer Länder wieder eine Reihe vorher bestrittener Rechte zugestehen; einerseits aus Dank für die gegen Ottokar von Böhmen geleistete Hilfe, und zum anderen, um ihre neu erworbene Herrschaft zu sichern. Jedenfalls gerieten zumindest die Vogteien oberösterreichischer Klöster teilweise wieder in die Hand des Adels. Die Herren von Walsee waren in ihrer Eigenschaft als oberste Landrichter und Landeshauptleute seit ca. 1300 im Auftrag des Herzogs Vögte von St. Florian, und 1313 verpfändete ihnen Friedrich der Schöne die Vogtei (einkünfte) der Abtei Lambach<sup>81)</sup>. In der zweiten Hälfte des 14. Jhs. ist Eberhard von Walsee, der Hauptmann ob der Enns, als Vogt von Garsten bezeugt, und 1448 kann er in der selben Funktion für Gleink nachgewiesen werden<sup>82)</sup>. Zumindest die Vogtei über Garsten übte er, wie bei St. Florian, als Landeshauptmann auf Grund eines besonderen herzoglichen Mandats aus<sup>83)</sup>. Kraft derselben

*riehit continue in adversitatibus suis presentialiter adesse et preesse non possumus, protectionem et defensionem eorundem dilectis fidelibus nostris Hermanno et Henrico comitibus de Waldenberc commisimus loco nostri fideliter exequendam*. Darauf wird auf den etwaigen Versuch eines Mißbrauchs dieses Amtes angespielt: *Ne igitur memorato abbati et suo conventui per talem commissionem possit aliquod gravamen in posterum suboriri, auctoritate presentium protestamur, quod iam dicta commissio durare debet, quousque bene et fideliter ecclesiam et conventum dicti comites promoveant et defendant*. Diese Urkunde wurde von einem Schreiber der königlichen Kanzlei verfaßt und geschrieben (Zinsmaier *Studien* 505 f.) Über die Bedrückung des Domkapitels von Salzburg durch einen Defensor vgl. auch *SBUB* 3 (1918) 439 Nr. 888 (1233).

<sup>79)</sup> Vgl. oben 72 mit Anm. 8, 10, 11. Ähnlich auch *BUB* 2 144 Z. 27—30 Nr. 306 (1232): Herzog Friedrich II. bestätigt die Freiheiten Lambachs: *hoc addito, quod videlicet ipsa advocatia in alias manus per nos vel per heredes nostros nullo modo conferatur, sed nobis et heredibus nostris reservetur nomen advocati in ipso monasterio* . . . Die Urkunde wurde vom herzoglichen Notar Konrad verfaßt und geschrieben (Ebd. 143 Z. 39).

<sup>80)</sup> *UBLOE* 3 (Wien 1862) 580 Nr. 23 und jetzt: *Codex diplomaticus et epistolaris regni Bohemiae* V/1 bearb. von Jindřich Sebník und Sása Dušková (Prag 1974) 569 Z. 8. f. Nr. 383. Vgl. dazu Hageneder *Ottokar II. und das Land ob der Enns* 119 ff.

<sup>81)</sup> Hageneder *St. Florian* 136 ff., *UBLOE* 5 (Wien 1868) Nr. 100. Jene 30 lb 0 die sich Herzog Friedrich II. 1232 als Vogteiabgabe reservierte (*BUB* 2 144 Z. 24 f. Nr. 306), nahmen noch im 15. Jh. die Herren von Walsee auf Grund ihrer „Erbvogtei“ ein, Vgl. z. B. die Urkunden aus dem Stiftsarchiv Lambach Nr. 732, 1180, 1609 zu 1437 XI 6, 1454 III 10 und 1475 IX 13. Vgl. auch Max Doblinger *Die Herren von Walsee. Ein Beitrag zur österreichischen Adelsgeschichte* in *AÖG* 95 (1906) 517.

<sup>82)</sup> *OÖ Landesarchiv Linz* Stiftsarchiv Garsten Urk. 253 von 1367 März 3 und Stiftsarchiv Gleink Urk. 176 (1448).

<sup>83)</sup> Ebd. *STA* Garsten Urk. 408 (1428), vgl. auch Urk. 270 (1372).

Rechtsbasis waren seit dem Ende des 13. Jhs. die Herren von Kapellen und 1362 der Landeshauptmann Jans von Traun Vögte von Baumgartenberg<sup>84</sup>). Die adelige Vogtei, welche auf diese Weise der Hauptmann ob der Enns und der oberste Landrichter im Machland im späten Mittelalter über einige Landesklöster besaßen, war demnach ein Kompromiß zwischen zwei Tendenzen: dem Versuch des Landesherren und der verschiedenen Ordenshäuser, die feudalen Zwischengewalten zu beseitigen — eine Absicht, die im Mandat König Ottokars II. von 1262/63 am deutlichsten zum Ausdruck kommt —, und den Interessen der Herrschicht des Landes, ihre Rechte zu bewahren oder zurückzugewinnen. In dieser Auseinandersetzung stellte also die ausgehende Babenbergerzeit eine bedeutende Etappe dar, denn durch die *commissio* der Vogtei versuchte man erstmals, das lehensrechtlich unterbaute Erbrecht einzelner Familien an ihr zu beseitigen. Daß es sich meist nur um Untervogteien handelte, während dem Landesherrn prinzipiell die Hauptvogtei verblieb, spielt in diesem Zusammenhang kaum eine Rolle. Auch war die Ablehnung der Vogtei durchaus nicht auf die Zisterzienser beschränkt, deren negative Einstellung zu dieser Institution im übrigen keineswegs so prinzipiell gewesen ein dürfte, wie man bisweilen meinte<sup>85</sup>). Im Gegenteil, auch Chorherrenstifte und Benediktinerklöster machten gegen die Lehensvogtei Front und erbaten vom Herzog die Delegation eines ihnen genehmen Schützers. Theodor Mayer hat den Zusammenhang dieser Politik mit der Ausbildung des institutionellen Flächenstaats herausgestellt und darauf aufmerksam gemacht, daß im Westen Europas derselbe Prozeß 100 bis 150 Jahre früher anzusetzen ist<sup>86</sup>). Von dort mögen Anregungen gekommen sein. Daneben scheinen die Spezialdelegation des Defensors und die Spezialpertinenz der auf solche Weise privilegierten Klöster zum unmittelbaren Schutzbereich des Landesfürsten auf das Vorbild des römisch-kanonischen Rechtes zu weisen<sup>87</sup>). Wurde doch die Delegation (*commissio*) der Gerichtsgewalt seit dem 12. Jh. zu

<sup>84</sup>) Vgl. oben Anm. 24. Über die Herren von Kapellen als oberste Landrichter im Machland vgl. Hageneder *St. Florian* 131 f. und Derselbe *Die Rechtsstellung des Machlands im späten Mittelalter und das Problem des oberösterreichischen Landeswappens in Festschrift Heinrich Demelius* (Wien 1973) 66 f. und die jeweils angegebene Literatur (Strnadt, Ganahl). Zur rechtlichen Problematik dieser Vogteien zwischen landesfürstlichem Auftrag und adeliger Erbvogtei vgl. auch Othmar Hageneder in *UH* 46 (1975) 97. Eine ähnliche adelige Untervogtei über das Stift Göß, die als Lehen vom Landesfürsten aufgefaßt wurde, siehe bei Appelt *Göss* 19 ff., 24 f.

<sup>85</sup>) Vgl. Pflüger *Die Zisterzienser und die Vogteifrage* 274 f., 279 f. Über die allgemeine kirchliche Einschätzung der Vogtei siehe z. B. die eindrucksvolle Schilderung in den Statuten der Priesterbruderschaft des Archidiakonats Obersteiermark von 1220: *Si autem aliquis confratrum propter sevitiā et violentiam advocati sui in ecclesia sua manere non audeat, ibidem* (d. i. in Spital am Semmering) *secundum preceptum domini archiepiscopi potius quam ad alium locum confugiens res proprias permittatur expendere, donec inter eum et advocatum suum vel inimicum secundum honorem suum et debitum ecclesie fiat compositio* (*BUB* 2 35 Z. 14—18 Nr. 230).

<sup>86</sup>) *Fürsten und Staat* 51, 210 f., 212 ff. Über die direkt ausgeübte Vogtei des Grafen von Luxemburg vgl. 192 f., den *defensor* und *tutor* 187, 194. Vgl. auch oben 80 mit Anm. 44 und Traute *Endemann Vogtei und Herrschaft im alemannisch-burgundischen Grenzraum* (Konstanz—Stuttgart 1967) 23 ff., 30, 47.

<sup>87</sup>) Für die Delegation vgl. Ficker *Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens* 1 300 § 164, 2 10 § 217, zur Spezialpertinenz oben 83 mit Anm. 58.

einem wichtigen Instrument der päpstlichen Kurie, mit deren Hilfe sie die aus dem Bereich der mittelalterlichen Christenheit an sie herangetragenen Prozesse verhandeln und entscheiden ließ. Weltliche Herrscher haben diese Einrichtung bald rezipiert, gleichfalls um ihre Jurisdiktion besser ausüben und wirksamer durchsetzen zu können<sup>88)</sup>. Das Kirchenrecht entwickelte in diesem Zusammenhang die Begriffe der *commissio* und *littera commissionis*, die sich häufig in den Dekretalsammlungen des endenden 12. und beginnenden 13. Jhs. finden: im Liber Extra von 1234 ebenso wie in den, ihn vorbereitenden, *Compilationes antiquae*, besonders in der *Compilatio prima* und *tertia*, die 1188/91 und 1209/10 entstanden<sup>89)</sup>. Sie waren alle bei uns bekannt<sup>90)</sup> und bildeten außerdem die Grundlage für den Unterricht im kanonischen Recht, sei es an den Universitäten oder auch in den heimischen Domschulen<sup>91)</sup>. Die dort studierenden Kleriker verwendeten ihre Kenntnisse selbstverständlich im Dienste der geistlichen Prälaten und weltlichen Fürsten, in die sie später traten<sup>92)</sup>. Auf solche Weise mag die *commissio* des Defensorenamtes, welche *pro tempore* erfolgte, in die babenbergischen Urkunden gekommen sein; umso mehr als sie — wie schon oft gesagt — sowohl dem Interesse der Kirche<sup>93)</sup> als auch wahrscheinlich jener des

<sup>88)</sup> Vor allem: Otto Hintze *Der Commissarius und seine Bedeutung in der allgemeinen Verfassungsgeschichte in Staat und Verfassung* 262 ff. und die dort angeführte Literatur. Für den weltlichen Bereich vgl. Hageneder *Geistliche Gerichtsbarkeit* X f., 296 f.

<sup>89)</sup> *Commissio* z. B. im Liber Extra = X. I, 3, 3. 14. 15. 16; I, 29, 5. 14. 21. 27. 32. 34: Aemilius Friedberg *Corpus Iuris Canonici editio Lipsiensis secunda* 2 (Leipzig 1879, Nachdruck Graz 1955) 17, 21, 22, 159, 162, 165, 172, 176, 179. Dort ist jeweils auch der Hinweis auf den Platz der Dekretale in den *Compilationes I* und *III* angegeben. In X. I, 29, 32. 34 ist die dementsprechende Formulierung nur in dem von der *Compilatio III* überlieferten Text enthalten.

<sup>90)</sup> Über die entsprechenden Sammlungen vgl. jetzt Knut Wolfgang Nörr *Die Entwicklung des Corpus iuris canonici in Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte* 1 (*Mittelalter 1100—1150* [München 1973]) 840 f. Zum Vorhandensein der *Compilationes I* bis *IV* in der Bibliothek des Bischofs Otto von Lonsdorf vgl. *Monumenta Boica* 28 b (München 1829) 487 und Othmar Hageneder *Zur Frührezeption des römisch-kanonischen Prozeßverfahrens im Lande ob der Enns in Festschrift Karl Pivec (Innsbrucker Beiträge zur Kulturwissenschaft* 12 [Innsbruck 1966]) 137 mit Anm. 37.

<sup>91)</sup> Helmut Coing *Die juristische Fakultät und ihr Lehrprogramm in Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte* 1, 51 und Derselbe *Römisches Recht in Deutschland (Ius Romanum Medii Aevi* 5/6 [Mailand 1964]) 52 ff.

<sup>92)</sup> Über die Bedeutung dieses Vorgangs für die gesamte Verfassungsgeschichte vgl. Colin Morris *From Synod to Consistory: the Bishops' Courts in England, 1150—1250* in *Journal of Ecclesiastical History* 22 (1971) 115 ff., bes. 117: This situation was radically changed by what may best be described as a managerial revolution, which affected the administration of both Church and State in the later years of the twelfth century. Administrative authority fell increasingly into the hands of lawyers, trained in both canon and civil law in the rapidly growing cathedral schools and universities.

<sup>93)</sup> 1238 trägt z. B. Papst Gregor IX. dem Erzbischof Eberhard II. von Salzburg nach einer Klage des dortigen Domkapitels auf: *cum advocatias possessionum ipsius ecclesie vacare contigerit, nulli eas perpetuo feudo concedas, sed tantum temporaliter talibus de capituli licentia et assensu concedas, ut nullum exinde periculum formidetur* (SBUB

Herzogs entsprach. Jedenfalls ist der Nachweis möglich, daß die Verfasser dieser Urkunden Kenntnisse im gelehrten kanonischen Recht besaßen. 1204 und 1227 sind in Ausfertigungen für die Klöster Tegernsee und Admont, die beide von Notaren des Herzogs stammen. *testes (fratres) omni exceptione maiores* erwähnt<sup>94</sup>). Dabei handelt es sich um Personen, gegen deren Glaubwürdigkeit keine gerichtliche Einrede (*exceptio*) möglich war; ein Begriff, der zweifellos dem römisch-kanonischen Prozeßrecht entnommen wurde<sup>95</sup>). 1242 verwendete man bei der Stilisierung des Privilegs Herzog Friedrichs II., das er den Klöstern Geras und Pernegg gewährte und welches gleichfalls in der herzoglichen Kanzlei verfaßt worden sein soll, eine Dekretale des Liber Extra<sup>96</sup>). Sie kann auch schon vor dessen Erscheinen (1234) bei uns bekannt gewesen sein, stand sie doch bereits in der 1210 von Innocenz III. nach Bologna gesandten *Compilatio III.*<sup>97</sup>). Zu diesen Zeugnissen kanonistischer Rechtserkenntnisse am babenbergischen Hof kommt noch der 1212 nachzuweisende herzogliche Kaplan *magister Albertus de-*

3 361 Nr. 828). Der Erzbischof bestimmt in diesem Zusammenhang, *ut nec nobis nec successoribus nostris predicta bona liceat dare laice defensionem in feudo sed ad petitionem dumtaxat capituli temporales ibi ponere defensores* (Ebd. 368 Nr. 834). Dieselbe zeitliche Beschränkung einer *commissio* zeigt das zwischen 1265 und 1288 gefälschte Maius des Stiftsbriefes von St. Nikola in Passau: *Et si aliquis prepositus necessitate quacunque coactus subadvocatum sibi dari aliquando petierit, huius substitutionem ad unum tantum vel saltem ad duos annos volumus perdurare . . . ; ne talis ex diutina commissione advocacionem hereditariam sibi possit ascribere, volumus, ut prelato cedente vel decedente auctoritas huiusmodi subadvocati omnimodis finiatur* (UBLOE 2 114 Nr. 80). Zur Datierung der Fälschung vgl. *Mitis Urkundenwesen* 100, 441 zu 91 und Harold Steinacker *Diplomatik und Landeskunde. Erläutert am Stande der Forschung für die österreichischen Alpenländer* in *MIOG* 32 (1911) 396 ff. Anm. 2.

<sup>94</sup>) *BUB* 1 188 Z. 39 f. Nr. 145 (vom Notar Ulrich: 187 Z. 28), 2 97 Z. 16 f. Nr. 266 (vom Notar Heinrich: 96 Z. 34). Ein anderer Notar, Konrad, verwendete 1224 denselben Begriff, ebenso wie andere aus dem gleichen Rechtsbereich (*exceptio ad declinandum iudicium*; . . . *perpetuum silentium imponentes*) in einem von ihm ausgefertigten Urteil, das König Heinrich (VII.) 1224 zugunsten des Erzbischofs von Salzburg fällt: *SBUB* 3 320 Nr. 791; die stilistische Zuweisung siehe bei Fichtenau *Kanzlei* 265.

<sup>95</sup>) Hageneder *Gerichtbarkeit* 296 Anm. 27. Zum *perpetuum silentium* ebd. 108, 121 mit Anm. 74, 180 mit Anm. 234, zur *exceptio ad declinandum iudicium* ebd. 41 f. Anm. 81, 82.

<sup>96</sup>) *BUB* 2 250 Z. 5—8 Nr. 404: *Reos sanguinis fugientes ad eos et suos defendant nullusque eos de claustris extrahere audeat, nisi prius indemnitatem de personis eorum prestiterint vel fuerit publicus latro vel nocturnus populator agrorum*. Über die kanzleimäßige Abfassung vgl. ebd. 249 Z. 8 und Fichtenau *Kanzlei* 252 Anm. 60. Die Dekretale Innocenz' III. von 1200 wurde im Text des Privilegs stark zusammengezogen. Sie handelt vom kirchlichen Asylrecht: . . . *ita duximus distinguendum, quod fugiens ad ecclesiam aut liber, aut servus existit. Si liber, quantumcunque gravia maleficia perpetraverit, non est violenter ab ecclesia extrahendus*. Er darf nicht zum Tode verurteilt werden, sondern ist auf andere Weise zu bestrafen; *et hoc verum est, nisi publicus latro fuerit vel nocturnus depopulator agrorum, qui ab ecclesia extrahi potest impunitate non praestita* (X. III, 49, 6; Friedberg, *Corpus Iuris Canonici* 2 655 f.)

<sup>97</sup>) *Comp. III.* 3, 32 un. Über ihre Verbreitung in der Diözese Passau siehe oben 90 mit Anm. 90 und unten 94 Nachtrag zur Anm. 90.

*cretista*<sup>98</sup>). Es ist also leicht möglich, daß diese, zweifellos kanonistisch gebildeten Kleriker die Kenntnis der *delegatio* am Hofe der letzten Babenberger bekannt machten, soweit sie nicht durch die geistlichen Empfänger der Urkunden in diese eindrang. Auf jeden Fall wurde, wohl auf Grund der Intentionen beider Seiten, ein Institut geschaffen, das es dem Landesfürsten gestattete, bislang von ihm zu Lehen gehende und damit der Gefahr einer Vererbung innerhalb der belehnten Familie ausgesetzte Gewalten von nun an auf gewisse Zeit und gegen jederzeitigen Widerruf zu delegieren. Wenn auch die tatsächliche Wirkung dieser Neuerung vorerst gering blieb, so stellte sie doch einen wichtigen Ansatz dar, für „die erste Aufgabe der Landesherren . . ., das feudale Ämterwesen zu zerstören und den Lehnsstaat zum Beamtenstaat umzubilden“<sup>99</sup>). Gerade in dieser Hinsicht ist der *commissio*, wie sie sich in den angeführten Herzogsurkunden findet, eine Wirkung auf lange Dauer nicht abzuspüren. Als man nämlich seit dem 14. Jh. die lateinischen Klosterprivilegien der späten Babenbergerzeit ins Deutsche übersetzte, hat man *committere* gerne mit „empfehlen“ wiedergegeben und für *commissio* das Wort „*emphelhung*“, „*phlegnuesse*“ oder „*phleg*“ verwendet<sup>100</sup>).

<sup>98</sup>) BUB 1 254 Z. Nr. 184, 256 Z. 4 Nr. 185. Vgl. dazu H a g e n e d e r *Gerichtsbarkeit* 295 f. und *MIÖG* 82 (1974) 216. Zu diesem Problem und besonders zur Bedeutung, die das Kloster St. Florian in dem Zusammenhang besaß (vgl. auch oben 78 ff.) siehe nun Winfried Stelzer *Gelehrtes Recht im spätabenbergschen Österreich* in diesem Band 255 ff.

<sup>99</sup>) Claudius v. Schwerin *Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte*<sup>2</sup> (Berlin 1941) 203, Otto Stolz *Land und Landesfürst in Bayern und Tirol. Ein Beitrag zur Geschichte dieser Bezeichnungen und Begriffe in Deutschland* in *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 13 (1941/42) 249 f. Otto Brunner nannte 1942 in einer Polemik gegen Otto Stolz diese Unterscheidung „Ein typisches Beispiel falscher Verallgemeinerung“, da der Begriff „Beamtenstaat“ nicht das eigentliche Wesen der Staaten seit dem späten Mittelalter bezeichne: *Land und Herrschaft. Grundlagen der territorialen Verfassungsgeschichte Südostdeutschlands im Mittelalter*<sup>2</sup> (Brünn—München—Wien 1942) XIX. Darauf kommt es allerdings hier nicht an, denn mit einer solchen Gegenüberstellung soll bloß ein Teilproblem des hochmittelalterlichen staatlichen Wandels gekennzeichnet werden; ein Wandel, der freilich auch die Grundlagen des modernen Staates keimhaft vorbereitete. Zum Begriff des Beamtenstaates, beispielsweise im Rahmen der staufischen Herrschaft in Italien, vgl. auch Ficker *Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens* 2 (Neudruck Aalen 1961) 272 ff. §§ 324—327 und Heinrich Appelt *Friedrich Barbarossa und das römische Recht in Römische Historische Mitteilungen* 5 (1962) 27, 30, 34.

<sup>100</sup>) Vgl. die Übersetzung des Privilegs Friedrichs II. für St. Florian von 1243 (BUB 1 Nr. 421), die zwischen 1335 und 1418 entstand, bei H a g e n e d e r *St. Florian* 150 Anm. 172. Die Übersetzung derselben Urkunde im Jahre 1418 lautet wie folgt:

BUB 2 272 Z. 23 f.: *qui in defensione ecclesie nostras sibi pro tempore gerit commissas* = Stiftsarchiv St. Florian HS. 101 f. fol. 3v: der in dem scherm der kirchen an unser stat, die imb zu zeiten empholhen ist, haldet.

BUB 2 272 Z. 42: *alicui vices nostras in defensione ecclesie committamus* = HS. 101 f. fol. 4rv: ettwen emphelhen unsern gewalt in der beschirmung der kirichen.

BUB 2 272 Z. 45: *commissio* = HS. 101 f. fol. 4v: emphelhung.

BUB 2 273 Z. 5: *ratione talis commissionis* = HS. 101 fol. 5r: von solher emphelhung wegen.

Vgl. auch BUB 1 69 Z. 31 f. Nr. 52 (eine Garstener Fälschung zu 1177 aus der zweiten Hälfte des 13. Jhs.): *cui velit honestorum virorum eadem bona tuenda committere* = Urkunde König Ladislaus' von 1453 (OÖ Landesarchiv Stiftsarchiv Garsten, Urk. 343)

Der Pfleger war nun der Typ des spätmittelalterlichen „Beamten“ überhaupt, und mit dem Begriff „empfehlen“ wurde im allgemeinen die Übertragung bestimmter Aufgaben, Befugnisse und Ämter, und zwar bisweilen in deutlicher Trennung von der Leihe nach Lehensrecht, umschrieben<sup>101)</sup>. Die Stellvertretung des Landesherren im obersten Landgericht<sup>102)</sup>, die Vogtei über ein Kloster<sup>103)</sup> und der Schutz besonderer, einem solchen oder einer anderen Korporation zustehender Rechte<sup>104)</sup> wird ebenso „empfohlen“, wie die Entscheidung von Prozessen durch delegierte Richter<sup>105)</sup>. Desgleichen, und das ist sehr bezeichnend, die

Z. 11: wem er die vogtthey well emphelhen under erbern leuten; und das *Corpus der alddeutschen Originalurkunden bis zum Jahre 1300* hg. v. Friedrich Wilhelm (Lahr/Baden 1932) 18 Z. 36 f. Nr. 5 AB (1238): *ne iurisdictionem nostram extraneis dare vel committere* = Ebd. 20 Z. 12 Nr. 5 C (1238): noch unser rechtung iemann anders geben noch emphelhen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Titulatur Albrechts I., die er 1281/82 als Verweser Österreichs führte: er hieß „gewaltiger pfleger“ und „des landes phlegaer von Osterreich“, wozu er durch eine „*commissio terrarum Austrie et Styrie*“ bestellt worden sein dürfte; vgl. Alphons Lhotsky *Geschichte Österreichs seit der Mitte des 13. Jahrhunderts (1281—1358)* (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte Österreichs 1 = Geschichte Österreichs II/1 [Wien 1967]) 51 Anm. 2.

<sup>101)</sup> *Deutsches Rechtswörterbuch* 2 bearb. v. Eberhard v. Küßberg (Weimar 1932—1935) 1525 f. I 2, 3, bes. „dieselben burg nit... hinlien, noch hingeben, noch empfelhen (1326). Die von den Bearbeitern vorgenommene Gleichsetzung von „empfehlen“ und „verleihen“ ist also nicht völlig korrekt. Über den 1273 bezeugeten „Pfleger ob der Enns“ und seine Funktion als landesfürstlicher „Beamter“ vgl. Weltin *Kammergut und Territorium* 30 mit Anm. 154.

<sup>102)</sup> 1365 bestätigt z. B. Graf Albrecht vor Görz der Ritterschaft auf der Mark und in der Metlik die Gerichtsbarkeit über die gegen ihre Leute vorgebrachten Klagen, mit Ausnahme der Malefizfälle: wand das uns angehoert ze richten oder wem wir unser lantgericht enphelhen (*Ausgewählte Urkunden zur Verfassungsgeschichte der deutsch-österreichischen Erblande im Mittelalter* hg. von Ernst v. Schwind und Alfons Dopsch (Innsbruck 1895) 245 Z. 37 f. Nr. 120).

<sup>103)</sup> 1355 erteilt z. B. Kaiser Ludwig d. Bayer dem Kloster Prüfening das Recht, „wer hintz in auf ir erbe und aigen icht ze sprechen oder ze klagen hab, daz der dar umb von in vor uns als vor irem kastenvogt, oder wem wir daz an unserer stat enphelhen, nemen und vordern sullen, und da sullen si in och recht tun, als si von recht und alter gewonheit getan habent“ (*Monumenta Boica* 13 [München 1777] 257 Nr. 73).

<sup>104)</sup> 1338 gebieten die Herzoge Albrecht II. und Otto von Osterreich, das Kloster Waldhausen im Bezug der Zehente in der Pfarre St. Georgen nicht zu hindern, „und emphelhen och irm vogtt, den sie itzund habend oder fuerbaz gewinnen, von unsern wegen ernstlich und wellen och“, daß er sie darin beschütze (*UBLOE* 6 (Wien 1872) 276 Nr. 272). Ähnlich schreibt 1383 Herzog Albrecht III. an Eberhard von Kapellen, seinen Hauptmann zu Enns: Wir emphelhen dir ernstlich, daz du unser purger gemainlich ze Ens und auch das spital daselbs bei iren leuten und gütern... vogtest (Ebd. 10 [Linz 1933—1939] 184 f. Nr. 247).

<sup>105)</sup> Als 1299 das Kloster Zwettl gegen Ulrich von Ottenstein vor Herzog Albrecht I. in Wien klagen wollte, wurde die Klage „do selben mit des herzogen willen und mit der lantherren rate... dem Meyssower enpholhen... ze betagen und ze slichten zwisshen uns pidenthalben...: *Corpus der alddeutschen Originalurkunden* 4 hg. v. Helmut de Boor und Diether Hacke (Lahr/Schwarzwald 1963) 469 Z. 20—23 Nr. 3333. 1338 bestimmt Herzog Albrecht II. in der Landesordnung für Kärnten: Wier sullen och selben, oder der dem wir ez enphelhen an unsern stat, richten umb lehen und umb aygen... Och wellen wir umb aygen und umb lehen, die von uns sint, daz darumb



Pflege einer Herrschaft<sup>106</sup>). Bei all dem handelt es sich zumeist um spezielle Aufgaben und Aufträge, die z. T. durch die sich stetig differenzierenden Erfordernisse der spätmittelalterlichen Verwaltung bedingt waren.

Die Ansätze dazu lagen freilich, wie gezeigt werden konnte, schon in der späten Babenbergerzeit, deren große Bedeutung für die Verfassungsgeschichte auf diese Weise von neuem unter Beweis gestellt werden mag.

niemand gerichteten noch verhoren müg, denn wier selben oder unser hauptman oder wem wier ez enphelhen. Wem ouch unser hauptman enphilicht ze richten umb gult und umb newe auflouff, der mag daz wol verhoeren und gerichtent: Schwind — Dopisch *Ausgewählte Urkunden* 175 Z. 32 f., 176 Z. 12—16 Nr. 94). Um 1350 schreibt Herzog Albrecht II. dem Landeshauptmann Eberhard von Walsee wegen eines Streites um den Burgfried und Häuser zu Gmunden: Emphelhen wir dir ernstleich und wellen, das du gen Gmunden reitest und die burger und die umsaessen daselbs darumb gegen in verhoerest von unnsern wegen, und wie die jechent, das es von alter herhoemen sei, soltu schaffen, das es dabei beleib (*UBLOE* 7 (Wien 1876) 209 Nr. 208). Die Beispiele könnten, besonders für das 15. Jh., jederzeit beliebig vermehrt werden.

<sup>106</sup>) Vgl. z. B. OÖ Landesarchiv, Stadtarchiv Freistadt, Urk. 152 (1400): Die Herzoginwitwe Beatrix von Österreich hat Andre dem Polhaimer „empholhen unser stat und herrschaft daselbs ze der Freistat in phlegweis ... ynnetzhaben und zu verwesen“ und Urk. 431 (1427): Herzog Albrecht V. hat dem Erhart von Zelking „haws und phleg zu der Freinstat in phlegweis ingeben und empholhen“. Desgleichen empfiehlt 1363 Herzog Rudolf IV. dem Eberhard von Wallsee die Hauptmannschaft ob der Enns mit allen Einkünften (*UBLOE* 8 (Wien 1883) 122 Nr. 116).

Nachtrag zur S. 91 Anm. 90: Über die Kenntnis der *Compilatio III.* im Stift St. Pölten und zum ganzen Problem vgl. jetzt auch Winfried Stelzer *Zur Pflege des gelehrten Rechts in der Diözese Passau um 1200* in *Codices Manuscripti* 1 (1975) 80 f.

# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich](#)

Jahr/Year: 1976

Band/Volume: [42](#)

Autor(en)/Author(s): Hageneder Othmar

Artikel/Article: [Lehensvogtei und Defensorenamt in den Babenbergschen Herzogsurkungen 70-94](#)